

Zerstörung von Gaza

Schwerpunkt

Weiß die Welt, dass wir hungrig sind?

Die Zerstörung des kulturellen Erbes in Gaza

Militarismus und Sinnkrise
im zionistischen Israel



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Anton-Günther Janßen (Berlin)
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Korrektur

Lea Mindermann

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2024 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODED1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Al Shifa Krankenhaus in Gaza, 8.4.2024
Foto // AFP

Palästinensische Gerichtsmediziner und der Zivilschutz bergen menschliche Überreste auf dem Gelände des Al-Shifa-Krankenhauses, des größten Krankenhauses im Gazastreifen, das bei einem zweiwöchigen israelischen Angriff inmitten des andauernden Konflikts zwischen Israel und der militanten palästinensischen Hamas-Gruppe in Schutt und Asche gelegt wurde.

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 21 · Juni 2024



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Verbrechen verhindern / Bildung verboten / Israelische Ideen für Gaza / Aggression gegen Kinder in Palästina / Legalisierung und Ausbau weiterer Siedlungen / Unter Gazas Kriegstoten sind 61% Zivilisten / Hunger in Gaza / Schlimme Haftbedingungen für kranke Palästinenser / Veto der USA – Vollmitgliedschaft von Palästina in der UNO abgelehnt / Tötung von Entwicklungshelfer*innen / Neue Waffe: Quadcopter / Die Zerstörung des Gesundheitssystems / Verstörende Berichte über Massengräber
- 06 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Hochschwanger und kurz vor der Entbindung im Gaza-Krieg
- 08 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Weiß die Welt, dass wir hungrig sind?
- 10 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Auf der Anklagebank
- 12 Deutsche und EU-Palästinapolitik //** Verwaltungsgericht Berlin verlangt Rechenschaft über Waffenlieferungen nach Israel / Sanktionen gegen Israel und Hamas gefordert / Deutschlands CancelCulture schreit voran / Rechenschaftspflicht Jetzt: Strafanzeige gegen Bundesregierung / Warnung vor neuer Nakba / Deutscher Diplomat aus Birzeit vertrieben / Frankreich verschärft Repression gegen Studierende / Keine Einreise nach Frankreich / Strike Germany! / Kommentar: Fragwürdige deutsche Nahostpolitik
- 14 Kommentare //** Vertrauen verloren / Staatsraison bedeutet nicht bedingungslos an der Seite Israels
- 15 Aktivitäten //** Auf ein Wort: Selbstbestimmung, keine Entmündigung / DPG-Tagung 2024 / Aktivitäten des Präsidiums
- 17 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Die Zerstörung des kulturellen Erbes in Gaza
- 20 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Militarismus und Sinnkrise im zionistischen Israel
- 22 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Aus der Gedankenwelt zweier rechtsradikaler Minister der israelischen Regierung
- 23 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Interview mit dem Leiter der Anne-Frank-Bildungsstätte in Frankfurt
- 24 Schwerpunkt: Zerstörung von Gaza //** Deutschland trägt Mitverantwortung für die Verbrechen an den Palästinenser*innen
- 25 Weltweite Solidarität //** Stopp der Militäroffensive gefordert / Doppelmoral der europäischen Führung angeprangert / Weinberg „Tent of Nations“ bittet dringend um Unterstützung / Klage gegen Bundesregierung wegen Waffenexporten / Internationaler Palästina-Kongress aufgelöst / Beamte fordern Einstellung der Waffenlieferungen / Großbritannien Boycott-Gesetz abgewendet / Maori Forderung / Israelische Friedensbewegung / Internationale Freiheitsflottille 2024
- 28 Medienempfehlungen //** Bücher / Film / Ausstellung
- 30 Der Konflikt auf einen Blick**
- 31 Poesie //** „Wenn ich sterben muss“ von Refat Alareer
- 32 Kunst //** „Sommer von Gaza“ von Dina Matar

Liebe Leser*innen,

am 25. März hat der Weltsicherheitsrat einen Waffenstillstand in Gaza und die Freilassung der Geiseln gefordert. Bis heute ist davon nichts umgesetzt, obwohl weltweit dafür protestiert wird. Besonders bemerkenswert sind die mutigen internationalen Studierendenproteste. In dieser Ausgabe zeigen wir Momentaufnahmen aus dem Krieg und seine Rückwirkungen in Deutschland. Wir hoffen im kommenden Palästina Journal auf ein Kriegsende blicken zu dürfen.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

VERBRECHEN VERHINDERN

In Anbetracht der offiziellen israelischen Erklärungen, die zum Völkermord aufrufen, haben 100 Organisationen der Zivilgesellschaft sowie internationale Genozid-Forscher bereits am 19. Oktober 2023 den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStG), Karim Khan, aufgefordert, eine öffentliche Erklärung abzugeben, um Völkermord und andere internationale Verbrechen gegen das palästinensische Volk zu verhindern, sie zu untersuchen und Haftbefehle auszustellen. **„Seit dem 7. Oktober haben die israelischen Streitkräfte im Rahmen einer totalen Kriegsführung gegen die Bevölkerung wahllos die 2,3 Millionen Einwohner, die Infrastruktur, Wohn- und Geschäftshäuser, Moscheen und Krankenhäuser angegriffen. Sie haben das Gebiet abgeriegelt und andere rechtswidrige Mittel und Methoden eingesetzt, darunter kollektive Bestrafung, Zwangsumsiedlungen, Aushungerung und den Einsatz von weißem Phosphor in dicht besiedelten Gebieten“**, heißt es in dem Schreiben, das Al Haq veröffentlicht hat.

AGGRESSION GEGEN KINDER IN PALÄSTINA

Westjordanland: Israelische Streitkräfte und Siedler haben seit dem 7. Oktober 114 palästinensische Kinder im besetzten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, getötet, wie aus den von „Defense for Children International – Palestine“ gesammelten Unterlagen hervorgeht.

Gaza: Vom 7. Oktober 2023 bis April 2024 sind im Gazastreifen mehr als 13.800 Kinder getötet worden, während mehr als 8.100 Menschen, darunter Kinder und Frauen, noch immer unter den Trümmern und auf den Straßen vermisst werden. Der Hunger im Gazastreifen hat bisher 31 Kinder, das Leben gekostet. Die Ernährungssicherheit ist zu einem dringenden Problem geworden. Das israelische Militär hat den Kindern im Gazastreifen auch das Recht genommen, bei ihren Familien zu bleiben. UNICEF schätzt, dass mindestens 17.000 Kinder im Gaza-Streifen unbegleitet, verwaist oder getrennt sind.

Auch das Recht auf Bildung wird den Kindern vorenthalten. Mindestens 111 Schulen wurden schwer beschädigt und mehr als 40 Schulen vollständig zerstört. Nach Angaben des Bildungsministeriums können seit Oktober rund 620.000 Schüler nicht zur Schule gehen. Mindestens 133 Schulen werden als Notunterkünfte genutzt. Die meisten Schüler leiden unter einem Trauma.



Al Azhar Universität. Die israelische Armee hatte sie in ihre Gewalt gebracht und im November 2023 gesprengt

Kindern im Gazastreifen das Recht auf ein sicheres Obdach, indem sie 70 Prozent der Häuser im Gazastreifen zerstörten und mehr als 85 Prozent der Bevölkerung zwangen, in den Süden zu ziehen, was zu einer immer schlimmeren humanitären Krise führte, unter anderem zu einem gravierenden Mangel an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten.

FOTO // DEFENCE FOR CHILDREN – PALESTINE



22. April 2024 – Israelische Streitkräfte töteten drei palästinensische Jungen bei militärischem Überfall auf das Flüchtlingslager Nur Schams im Westjordanland

Der Unterricht sei an allen sieben Universitäten im Gazastreifen ausgesetzt worden, bei Luftangriffen seien Gebäude zerstört und Lehrende sowie Lernende getötet und verletzt worden berichtete „Al-Fanar Media“.

Laut Bala Krishnan Rajagopal, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf angemessenen Wohnraum, verwehren die israelischen Streitkräfte den

BILDUNG VERBOTEN

Das israelische Erziehungsministerium hat die Schulleitungen in Ostjerusalem angewiesen, die durch den Austausch israelischer Geiseln gegen inhaftierte palästinensische Kinder und Frauen freigekommenen Schülerinnen und Schüler und solche, die ohne Verurteilung frei gelassen wurden bis auf weiteres nicht aufzunehmen. Sie sollen vom Unterricht ausgeschlossen bleiben.

ISRAELISCHE IDEEN FÜR GAZA

Wird der Krieg für Vertreibung genutzt? Dieser Frage geht die Journalistin Amira Hass in Haaretz nach. Eviatar Matania, Professor an der Universität Tel Aviv, habe vorgeschlagen, den derzeitigen Gazastreifen auf seinen südlichen Teil zu reduzieren, in diesen die palästinensische Bevölkerung zu deportieren, Gaza-Stadt vollständig zu zerstören und dort einen riesigen Park zum Gedenken an die Opfer des Hamas-Angriffs zu errichten. Ein internes Strategiepapier des Geheimdienstministeriums enthalte einen „Vorschlag“ für die Ausweisung aller Bewohner des Gazastreifens nach Ägypten. Likud-Mitglied in der Knesset Amir Weitmann fordere, dass das großzügige Entschädigungspaket, das Ägypten gewährt wird, sicherstellt, dass die vertriebenen Palästinenser nicht auf der Sinai-Halbinsel, sondern im Innern Ägyptens untergebracht werden.

LEGALISIERUNG UND AUSBAU WEITERER SIEDLUNGEN

Geld und Infrastruktur sollen 68, auch nach israelischem Recht, illegale neue Siedlungsfänge (outposts) im Westjordanland erhalten, schreibt die israelische Friedensorganisation „Peace Now“. Ein Kabinettsbeschluss vom Februar 2023, wo es zunächst um die Legalisierung von zehn Außenposten ging, lasse diese Hintertür offen. Außerdem kündigte Finanzminister Bezalel Smotrich, Mitglied der rechtsextremen Partei des religiösen Zionismus, Pläne für den Bau von 2.350 Wohneinheiten in Ma'aleh Adumim, 300 in Keidar und 694 in Efrat an.



Gaza, 19. April 2024 „Meine Tochter ist mein Leben; sie war wie eine Blume. Jetzt kann ich ihre Rippen und ihre Wirbelsäule sehen. Sie kann nicht einmal sitzen, ich muss sie auf die Toilette tragen“, sagt Nesma Ayyad, Mutter der siebenjährigen Jana. „Ich habe große Angst, meine Tochter zu verlieren“.

HUNGER IN GAZA

Nesma ist seit Beginn des Krieges im Oktober allein in Gaza. Ihr Mann hatte den Gazastreifen für eine medizinische Behandlung verlassen und konnte nicht nach Hause zurückkehren, als die Grenzen geschlossen wurden. Nachdem das Haus der Familie bei einem Bombenangriff zerstört wurde, kämpft sie darum, ihre vier Kinder zu versorgen und sie in Sicherheit zu bringen. Jana, die sie als aktives und lebensfrohes junges Mädchen beschreibt, litt unter Magenschmerzen, Durchfall und Gewichtsverlust, da es an Nahrungsmitteln und sauberem Wasser mangelte. Im Februar hatte sich ihr Zustand so weit verschlechtert, dass sie aufgrund von Komplikationen infolge von Dehydrierung und schwerer akuter Unterernährung in das Kamal-Adwan-Krankenhaus im Norden des Gazastreifens eingeliefert wurde. Angesichts der katastrophalen Hungersnot im Gazastreifen sorgt die WHO mit Unterstützung der Europäischen Union dafür, dass die Zentren zur Stabilisierung der Ernährung für die Behandlung von Fällen schwerer akuter Unterernährung ausgerüstet sind.

UN-FLÜCHTLINGSHILFSWERK (UNRWA) REHABILITIERT

Die meisten Geberländer bezahlen wieder Beiträge an das UN-Flüchtlingshilfswerk der Palästinenser (UNRWA) in Gaza, so UNRWA-Chef Philippe Lazzarini am 30. April, nachdem eine interne Untersuchung der UN-Organisation auf Neutralität abgeschlossen ist. Es gäbe nur noch eine Handvoll Länder, darunter die Schweiz, die noch eine Entscheidung treffen müssten. Die USA würden vermutlich erst wieder ab März 2025 finanzieren. Es gebe aber neue Geberländer und mehr als 115 Millionen US-Dollar an privaten Spenden.

Lazzarini sprach auch das Problem der Schuldzuweisungen zwischen den israelischen Behörden, vor allem COGAT, und den Vereinten Nationen an. Auf der einen Seite sagten die Israelis: „Wir stellen alle notwendigen Nahrungsmittel zur Verfügung. Das Problem liegt auf der Seite der Vereinten Nationen“. Das stimme nicht. „Wann immer wir um einen Konvoi vom Süden in den Norden bitten, wird uns dieser systematisch verweigert. Wir haben also immer noch keinen Zugang.“ Viele Male in der Woche, sei der Grenzübergang geschlossen, weil freigelassene Häftlinge oder manchmal auch Leichen, die zurück in den Gazastreifen gebracht werden, abgeladen werden.

Lazzarini verweist auf einen UNRWA-Bericht mit Zeugenaussagen dazu. Die UNRWA habe sie gesammelt, weil sie am Grenzübergang Kerem Shalom sind, dem wichtigsten logistischen Knotenpunkt am Eingang des Gazastreifens. „Die Menschen haben uns erzählt, wenn sie verhaftet wurden, wurden sie routinemäßig zusammengetrieben, bis auf die Unterwäsche ausgezogen und in Lastwagen verladen, mit verbundenen Augen und gefesselt. Nach ihrer Verhaftung bleiben die Gefangenen in den meisten Fällen in Isolationshaft und werden schockierend unmenschlich behandelt. Zu den unmenschlichen Behandlungen, die sie uns beschrieben haben, gehören Waterboarding, schwere Schläge, Angriffe von Hunden, stundenlanges Verharren in einer Stressposition, manchmal 12 oder 24 Stunden lang, und der Zwang, Windeln zu tragen, anstatt auf die Toilette zu gehen. Unter den Gefangenen, die freigelassen wurden, befanden sich auch einige UNRWA-Mitarbeiter, die uns berichteten, dass ihnen während des Verhörs viele Fragen über ihre Arbeit bei der UNRWA gestellt wurden. Und sie wurden im Grunde genommen unter Druck gesetzt, zu erklären, dass das Hilfswerk im Gazastreifen politisch engagiert ist.“

UNTER GAZAS KRIEGSTOTEN SIND 61 % ZIVILISTEN

Die israelische Militärintervention in Gaza hat unverhältnismäßig viele zivile Todesopfer hervorgebracht: 61% hat Yagil Levy in der israelischen Zeitung Haaretz errechnet. Vom 7. bis 26. Oktober 2023 sind laut Gesundheitsministerium in Gaza 6.747 Palästinenser getötet worden. Das Gesundheitsministerium steht unter der Kontrolle der Hamas. US-Präsident Joe Biden sagte, er traue deshalb den Zahlen nicht. Das Ministerium veröffentlichte daraufhin am 27. Oktober eine detaillierte Liste mit den Namen der Getöteten sowie deren Alter, Geschlecht und Ausweisnummern. Mindestens 4.594 Personen beiderlei Geschlechts oder 68% müssen als Nichtkombattanten eingestuft werden. Wenn man dann noch fehlgeleitete Hamas-Raketen annimmt, ergeben die getöteten Zivilisten immer noch einen Anteil von 61%. Die ser liegt weit über dem Anteil von 33 bis 42% früherer israelischer Bombardierungen.

SCHLIMME HAFTBEDINGUNGEN FÜR KRANKE PALÄSTINENSER

Ende Februar hat eine israelische Ad-hoc-Kommission für medizinische Ethik auf Ersuchen des Personals die medizinische Einrichtung besucht, die in Israel für Gefangene aus dem Gazastreifen eingerichtet wurde. Schon vorher war bekannt, dass die palästinensischen Gefangenen aus dem Gazastreifen meist 24 Stunden ans Bett gefesselt sind und ihre Augen verbunden sind. Sowohl die verwundeten Gefangenen, die eine Nummer erhalten, als auch das Personal sind anonym. Damit soll verhindert werden, dass Gefangene später das Personal verklagen können.

In einem Bericht von Physicians for Human Rights heißt es: „Die Erwähnung ihres rechtlichen Status in einem Dokument, das die medizinische Versorgung regelt, ist verwirrend, da ethische Richtlinien sowie lokales und internationales Recht vorschreiben, dass jeder Person unabhängig von ihren rechtlichen Verhältnissen eine gesundheitsfördernde Versorgung zuteil wird.“ Der Bericht bezeichnete auch das ständige Fesseln und Verbinden der Augen der Patienten als „Bedingungen, die Folter darstellen“. Die Zeitung Haaretz hat auf die Frage, ob die 27 Gefangenen aus dem Gazastreifen, die im Gewahrsam der israelischen Armee gestorben sind, zu irgendeinem Zeitpunkt in das Feldlazarett verlegt wurden oder ob sie starben, weil sie nicht dorthin verlegt worden waren, keine Antwort erhalten. Die israelischen Organisationen ACRI, Gisha, HaMoked, Physicians for Human Rights und das Komitee gegen Folter haben die sofortige Schließung der Einrichtung verlangt und die Verlegung der verwundeten Gefangenen in Haftanstalten, die den Vorschriften entsprechen.

VETO DER USA – VOLLMITGLIEDSCHAFT VON PALÄSTINA IN DER UNO ABGELEHNT

Am 18. April 2024 hat der 15köpfige UN-Sicherheitsrat den algerischen Vorschlag, den Staat Palästina als 193. Mitglied der UNO aufzunehmen, abgelehnt. Zwölf Mitglieder waren dafür, enthalten hatten sich Großbritannien und die Schweiz. Die USA hatten ihr Veto eingelegt. Ohne dieses Veto hätte im nächsten Schritt die Generalversammlung darüber abgestimmt. Im November 2012 hatte die Generalversammlung den Staat Palästina mit Beobachterstatus aufgenommen mit 138 Ja-Stimmen, neun Gegenstimmen von Kanada, Tschechien, Mikronesien, Israel, Marshall-Inseln, Nauru, Panama, Palau und USA sowie 41 Enthaltungen.



Nach der Abstimmung: Vanessa Frazier aus Malta, Vorsitzende des UN-Sicherheitsrates musste bei der Rede des palästinensischen Vertreters weinen.

EINE NEUE WAFFE: QUADCOPTER

Im Dezember erklärte der „Palästinensische Rote Halbmond“, dass der 13-jährige Amir Odeh in seinem Hauptquartier im Al-Amal-Krankenhaus in Khan Yunis von einer israelischen Drohne getötet worden war. Der einzige Schuss in die Brust stammte von einem Drohnentyp, der im Gazastreifen noch nie im Kampf eingesetzt wurde – einem Quadcopter, der mit einer Waffe, einer Kamera und einem Lautsprecher ausgestattet ist. Im Gegensatz zu anderen Drohnen sind Quadcopter in der Lage, über ihren Zielen zu schweben. Dr. Thaer Ahmad, ein Arzt aus Chicago, der als Freiwilliger in der Notaufnahme des Nasser-Krankenhauses arbeitete, sagte, dass Quadcopter manchmal in Schwärmen auftauchten und den Palästinensern den Befehl gaben, ein Gebiet zu räumen.

Zeugenaussagen von Bewohner:innen, die dem „Euro-Med Monitor Team“ zur Verfügung gestellt wurden, bestätigen, dass spät in der Nacht das Schreien von Frauen und das Weinen von Babys zu hören war. Als einige Anwohner:innen auf die Straße gingen, um nachzusehen und zu helfen, wurden sie von israelischen Quadcopter-Drohnen beschossen. Ein 20-jähriger Lagerbewohner, der aus Sicherheitsgründen um Anonymität gebeten hat, berichtete dem Team von Euro-Med-Monitor: **„Wir saßen in der Nacht, als wir Stimmen von schreienden Mädchen und Frauen hörten: ‚Kommt, helft mir, ich bin verletzt!‘. Wir gingen hinaus, um herauszufinden, was passiert war. Wir sahen keine Frauen, aber wir wurden direkt von einer Quadcopter-Drohne angegriffen.“**



TÖTUNG VON ENTWICKLUNGSHELFER:INNEN

Drei Raketen, die über mehrere Minuten hinweg abgefeuert wurden, durchdrangen die Fahrzeuge eines Hilfskonvois von „World Central Kitchen“, der auf einer der wenigen Straßen in Gaza, die noch befahrbar sind, die Küste von Gaza hinauffuhr. Alle Fahrzeuge waren deutlich gekennzeichnet. Alle befanden sich auf einer genehmigten, sicheren Strecke. Und das israelische Militär hatte die Koordinaten erhalten, um den Standort des Konvois zu bestimmen. Sieben Menschen wurden getötet. Premierminister Benjamin Netanyahu bezeichnete es als **„tragischen Vorfall“**.



Gedenkfeier in der Türkei für die von der israelischen Armee am 1. April 2024 getöteten Entwicklungshelfer

DIE ZERSTÖRUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Von Mitte März bis Anfang April belagerte die israelische Armee das zentrale Al Shifa-Krankenhaus von Gaza. Das Krankenhaus wurde völlig zerstört, die Einrichtung geplündert und verbrannt. Vorläufige Untersuchungen gehen von 1.500 ermordeten oder vermissten Menschen aus, berichtet Euro-Med Human Rights Monitor. Mindestens 22 Patienten wurden in ihren Krankenhausbetten erschossen.

Die systematische Zerstörung des Gesundheitssektors durch Israel ist ein Teil der Genozid-Klage, wegen der sich Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag verantworten muss. Von den 35 Krankenhäusern und Kliniken arbeiten nur noch vier, die neben Routinefällen über 70.000 Kriegsverletzte versorgen müssen. Im Norden Gazas sind 600.000 Menschen von jeder Gesundheitsversorgung abgeschnitten. Medikamente kommen wegen der Blockade kaum noch in das Gebiet.

„Faulende Wunden, Hunger, Babys, die ohne Narkose in Zelten geboren werden, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten und der gravierende Mangel an Medikamenten sind für mehr als zwei Millionen Menschen im Gazastreifen Teil des neuen Alltags“, schrieb die Internetzeitung Mondoweiss am 5. Mai. Wie erst Anfang Mai bekannt wurde, starb der Leiter der orthopädischen Abteilung des Shifa-Krankenhauses, Adnan al-Bursch, der während der Belagerung im März verhaftet wurde, am 19. April im israelischen Ofer-Gefängnis. Er ist der 496. Gesundheitsarbeiter aus Gaza, der seit dem 7. Oktober ums Leben kam. In keinem anderen Konflikt wurden in so kurzer Zeit so viel Ärzte, Krankenpfleger und Sanitäter getötet.



FOTO // © WHO

Die WHO und ihre Partner besuchten am 3. Mai Krankenhäuser in Khan Yunis im Gazastreifen und sahen die völlige Verwüstung: die Infrastruktur ist zerstört, lebenswichtige Medikamente und Geräte fehlen oder sind beschädigt.

VERSTÖRENDE BERICHTE ÜBER MASSEGRÄBER

Die Liste möglicher israelischer Kriegsverbrechen wird länger. Am 25. April erklärte die Zivilverteidigung in Gaza, dass sie nach Abzug israelischer Truppen aus dem Nasser-Krankenhaus in Khan Yunis im Hof des Krankenhauses Massengräber mit 392 Leichen gefunden hätte. Einige der Toten hatten noch Blasen-katheder oder Infusionsschläuche am Körper. Andere seien gefesselt gewesen. Schon zwei Wochen zuvor waren ähnliche Massengräber im Al Shifa-Krankenhaus entdeckt worden, nachdem dieses während der zweiwöchigen Belagerung durch die israelische Armee im März völlig zerstört wurde. Circa 13.000 Menschen werden vermisst. Die UNO und die Europäische Union haben Israel aufgefordert, unabhängigen forensischen Untersuchungskommissionen den Zutritt nach Gaza zu erlauben. Auch der Internationale Strafgerichtshof hat Untersuchungen aufgenommen.



Hochschwanger und kurz vor der Entbindung im Gaza-Krieg

Erlebnisbericht von Rana Al-Madhoun, Gaza, vom 20. November 2023

Ich heiße Rana Al-Madhoun. Ich bin 24 Jahre alt und lebe mit meiner Familie in Al-Jalaa, einem Stadtviertel von Gaza-Stadt. Ich bin ein Palästina-Flüchtling der dritten Generation: meine Familie wurde im Zuge der ethnischen Säuberung Palästinas 1948 aus unserem angestammten Haus in Al-Majdal vertrieben.

Ich bin Menschenrechtsaktivistin und Anwältin. Ich arbeite im „Al Mezan’s Training and Mass Communication Unit“, wo ich Schulungen und Workshops zum Thema internationale Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht organisiere und durchführe. Unsere Kurse richten sich an alle betroffenen Communities hier in Gaza – darunter Jurastudenten, Juristen, Ärzte, Bauern und Fischer.

Ich habe zwei Kinder – Alhasan, acht Jahre alt und Mira, sechs Jahre alt. Ich bin jetzt schwanger mit meinem dritten Kind, ein Junge, dem wir den Namen Aws gegeben haben. Während ich dies schreibe, bin ich im achten Monat und anstatt übergücklich zu sein, bin ich voller Angst. Ständig beschäftigt mich der Gedanke, wie es sein wird,

ein Kind zur Welt zu bringen unter den gegenwärtigen Umständen.

Die Geburten meiner ersten beiden Kinder waren kompliziert. Sowohl Alhasan als auch Mira wurden per Notfallkaiserschnitt geboren. Bei meiner Jüngsten wurde eine Woche nach der Geburt eine Lungenstenose diagnostiziert, was eine sofortige Verlegung zur Operation nach Jerusalem erforderlich machte. Was passiert, wenn wieder ein Kaiserschnitt notwendig werden sollte? Was passiert mit Aws, wenn er in die Intensivstation für Neugeborene eingewiesen werden muss oder er eine Behandlung braucht, die in Gaza nicht verfügbar ist, genau wie bei seiner Schwester?

DIE ERSTE FLUCHT

In der ersten Woche des Krieges wurde das Haus in unserer direkten Nachbarschaft ohne Vorwarnung bombardiert. Meine Eltern und die Familie meines Bruders waren in meinem Haus, da sie ihr Haus im Al-Maquusi-Viertel im Norden von Gaza-

Stadt nach heftigen Bombardements verlassen mussten. Wir haben dann alle beschlossen, meine Wohnung zu verlassen, weil wir ein weiteres Bombardement befürchteten und in das Haus meiner Schwiegereltern in Tel al-Hawa* zu gehen. Drei Tage später erhielten wir die Nachricht, dass einige Wohnungen in unserem Wohnblock gezielt angegriffen und meine Nachbar*innen getötet wurden. Meine Wohnung wurde schwer beschädigt und ist unbewohnbar. Diese Nachricht hat mich so sehr getroffen, dass ich mir ständig ausmalen musste, was uns allen passiert wäre, wären wir in der Wohnung geblieben: Hätten ich, meine Kinder und meine Familie es geschafft oder nicht? Wäre ich in der Lage gewesen, meine Kinder und mein ungeborenes Kind zu schützen? Ich versuchte, wieder zu Kräften zu kommen, zumal die Herausforderungen, die noch kommen sollten, noch härter und bedrohlicher werden sollten.

Nach der Zerstörung meiner Wohnung sowie des Hauses meiner Familie war für uns Tel Al-Hawa der einzig verbliebene Zufluchtsort weg gewesen und angesichts der Schwierigkeit, dem

Evakuierungsbefehl der Besatzungsmacht an alle Bewohner*innen des nördlichen Gazastreifens, in den Süden zu ziehen, Folge zu leisten, erlebten wir die tödlichsten, herausforderndsten und schwierigsten zwei Wochen. Das Gebiet wurde von unbeschreiblichen Bombentepichen getroffen, wobei ohne Unterbrechung mindestens fünfzig Raketen in einer Stunde einschlugen. Wir konnten spüren, wie der Boden unter uns bebte, hörten das Krachen von Steinen und zerbrochenem Glas, während die Fenster der Wohnungen in Flammen standen, die sich um das Gebäude ausbreiteten. Diese entsetzlichen Szenen wiederholten sich unablässig an drei aufeinanderfolgenden Tagen. Ich drückte meine Kinder an mich, suchte den sichersten Platz im Haus und sagte mir, dass wenn wir sterben würden, wir alle zusammen sterben würden, und wenn wir unter den Trümmern landeten, wir uns vielleicht noch gegenseitig helfen könnten. In diesen Momenten wurde mir klar, dass das Baby meine Gefühle spüren konnte. Ich war sehr verängstigt, und das Baby begann, sich schnell und stark zu bewegen, eine Bewegung, die sowohl intensiv und anstrengend war, aber es beruhigte mich, dass es ihm gut ging.

Jeden Morgen wunderte ich mich, wie wir noch am Leben sein konnten. Die Nacht war zu furchterregend, aber das heißt nicht, dass es ruhig war am Tag: das Bomben ging immer weiter. Wir waren nur damit beschäftigt, uns mit Wasser und Nahrungsmitteln zu versorgen und uns um die Bedürfnisse unserer Kinder zu kümmern, obwohl es doch an allem mangelt. Ich war sehr froh, in der Nähe eine Apotheke zu finden, zumindest konnte ich so notwendige Arzneimittel, Vitamin- und Eisenpräparate sowie gerinnungshemmende Medikamente besorgen. Mit jedem Tag, der verging, wurden die Bombardierungen intensiver. Das Al-Quds-Krankenhaus, das sich ganz in der Nähe des Gebäudes befand, in dem wir Zuflucht gefunden hatten, erhielt den Befehl zur Evakuierung und die Umgebung wurde den ganzen Tag über heftig beschossen. Eines Tages, als wir gerade zu Mittag aßen, hörten wir, wie unser Nachbar uns dringend aufforderte, das Gebäude sofort zu verlassen, es gebe einen Evakuierungsauftrag wegen bevorstehender Bombardierung. Obwohl jeder von uns eine Notfalltasche vorbereitet hatte, ließen wir in dieser Situation die meisten unserer Habseligkeiten, einschließlich Medikamente und Kleidung in Panik zurück.

Wir verließen die Wohnung und gingen zu einer Schule gegenüber, um in Sicherheit zu sein und später zu entscheiden, wohin wir gehen sollten. Wenige Minuten nachdem wir an der Schule angekommen waren, wurde das Gebäude getroffen: diese Szene war eine der schlimmsten für meine Kinder Mira und Hassoun (Alhasan), körperlich und emotional. Diesmal konnte ich meine Tränen nicht

zurückhalten, nicht stark sein. Wir hatten unsere letzte verbliebene Zuflucht verloren und mit ihr all unsere Habseligkeiten, unsere schönen und sogar schlechten Erinnerungen. Trotz der Ängste, die wir während unseres Aufenthaltes in der Wohnung durchmachten: sie zu verlieren, war das Schwerste, bedeutete, den letzten sicheren Ort zu verlieren.

EINE NEUE SEITE DES LEIDENS

Der Verlobte meiner Schwester bot an, uns in seinem Haus im Zentrum von Gaza-Stadt unterzubringen. Wir zogen dorthin und jeder Tag war noch unerträglicher als der vorhergehende. An dieser Stelle muss ich erst einmal tief durchatmen, vielleicht sind die folgenden Worte schwer zu glauben. Es wurden uns in dieser Phase alle Lebensgrundlagen entzogen – Trinkwasser, Kochgas, Gemüse, Milch, Mehl. Alles wurde extrem schwierig zu besorgen und wenn wir es doch schafften, dann in sehr eingeschränkten Mengen. Meine Kinder lebten jetzt in extremer Angst und Hunger. Mein Mann und ich fühlten uns hilflos. Ich weinte mich oft vor Hunger in den Schlaf und schämte mich, jemandem zu sagen, dass ich hungrig war, denn meine Kinder brauchten das Essen, das wir ja kaum auftreiben konnten, mehr als wir.

Drei Tage lang war ich gezwungen, Salzwasser zu trinken, was mir prompt eine Magen-Darm-Infektion einbrachte. In der Folge trank ich einen Tag lang überhaupt kein Wasser, da ich Durst eher ertrage als Magenschmerzen, besonders dann wenn es keine Behandlungsmöglichkeit oder Apotheken gibt. Medikamente oder Vitaminpräparate, die ich ja in der Wohnung in Tel-al-Hawa vergessen hatte, konnte ich jetzt nicht mehr kaufen.

Die körperlichen Schmerzen dieser Tage waren gepaart mit dieser übermächtigen Furcht, die die massiven unaufhörlichen Luftangriffe in uns auslöste. Ich verlor die Kontrolle über meine Angstzustände und die meiner Kinder. Nach zehn Tagen in der Wohnung des Verlobten meiner Schwester waren wir zutiefst schockiert, als israelische Panzer sehr nahe an unser Haus kamen. Wir hörten heftige Gefechte in unserer direkten Umgebung und Bewohner*innen unseres Hauses sowie Vertriebene in der nahegelegenen Schule kontaktierten das Rote Kreuz (ICRC) mit der Bitte, bei ihrer Evakuierung zu helfen: aber vergeblich. Wie durch ein Wunder überlebten wir den Tod.

DIE STRASSE DER ERNIEDRIGUNG UND DES TODES

Wir beschlossen, uns auf den Weg Richtung Süden zu geben – trotz unserer großen Furcht. Die

Schilderungen derer, die in den Süden evakuiert wurden, waren furchterregend und die vermeintlich „sichere Route“, die von der Besatzungsmacht verkündet wurde, entpuppte sich als Todesfalle. Wir liefen zwei Stunden, trugen unsere Habseligkeiten und die Kinder, voller Angst, niedergeschlagen und gedemütigt. Mitten auf der holprigen Straße fühlte ich mich total erschöpft und wünschte, ich könnte mich ein paar Minuten setzen oder einen Tropfen Wasser trinken.

Aber jede Bewegung war lebensgefährlich – der Blick nach hinten, sich hinsetzen oder etwas auf den Boden Gefallenes aufheben war verboten. Wir kamen an einen israelischen Checkpoint in der Salah-Al-Din Straße, mit Kameras und Soldaten auf beiden Seiten und zwei Panzern, die ich hinter den Sandhügeln ausmachen konnte.

Wir mussten unsere Hände hochhalten, eine mit unserem Ausweis, die andere, um zu zeigen, dass wir uns ergeben. In diesem Moment befahlen die israelischen Soldaten drei Leuten von uns über Lautsprecher, sich ihnen zu nähern und einem anderen, seine persönlichen Gegenstände wegzuerwerfen. Minuten später hörten wir Schüsse. Ich geriet in Panik, vermochte aber nicht, nach hinten zu Hassoun zu schauen, der bei seiner Großmutter war. Als wir den Checkpoint passiert hatten, wünschte ich mir zum ersten Mal in meinem Leben den Tod herbei, so extrem waren meine psychische Erschöpfung und die Furcht vor der Gefährdung meiner Schwangerschaft.

DAS UNBEKANNTE SCHICKSAL

Im Süden ist die Situation nicht besser oder sicherer, aber ich konnte mir Medikamente und Gemüse beschaffen, womit ich einige Mangelerscheinungen aus der vorangegangenen Zeit zu kompensieren versuche. Aber das Bomben geht weiter und die Angst wird immer mehr zum beherrschenden Gefühl, je näher der Geburtstermin heranrückt. Ich fürchte mich davor, unter diesen Bedingungen zu gebären, ich fürchte mich davor, einen Kaiserschnitt ohne Anästhesie und mit nicht-sterilisierten OP-Instrumenten erdulden zu müssen, ich fürchte mich davor, mein ungeborenes Kind oder eines meiner Kinder zu verlieren und ich fürchte mich davor, kein sicheres Zuhause, keine geeignete Umgebung für das Leben des Babys zu finden.

Übersetzung: ANTON-GÜNTHER JANSSEN

* Die englische Version des Textes ist von der Menschenrechtsorganisation Adalah (arabisch: Gerechtigkeit) mit Sitz in Haifa verbreitet worden

** Verwandte von Rana sammeln über die Plattform Gofundme Geld für die mittlerweile fünfköpfige Familie.

Weiß die Welt, dass wir hungrig sind?

**Sprachnachricht von Ibrahim Kharabishi aus Nord-Gaza
vom 27.03.2024 an Karim El-Gawhary**

„Zwischen der Hoffnung, die in unseren Herzen wohnt und unseren Träumen, die mit unseren Gedanken fliehen, herrscht heute Dunkelheit. Sie hat alles Schöne ausradiert“, berichtet Ibrahim Kharabishi.

„Die Träume sind verloren, an ihre Stelle sind Leid und Kummer getreten. Zwischen den Verwundeten, den Toten, den Versehrten, gibt es nur noch die Hoffnung, einfach zu überleben.“

Er hat eine Sprachnachricht gesendet, die 26 Minuten lang ist. Es sind 26 Minuten der Beschreibung des Elends seiner Familie, das exemplarisch ist für viele andere Schicksale im nördlichen Gazastreifen.

Seine Beschreibung gibt der Warnung des Welternährungsprogramms (WFP) vor einer unmittelbar bevorstehenden Hungersnot im nördlichen Gazastreifen einen sehr persönlichen Kontext. Die ersten beiden Monate hätten sie gegessen, was im Haus gelagert und was noch in den Geschäften zu kaufen war. Dann begannen sie, weniger Mahlzeiten am Tag zu servieren.

Dem Journalisten Karim El-Gawhary ist es zu verdanken, dass dieser Schrei eines Vaters aus Gaza in Deutschland Verbreitung findet.



Die Familie lebt noch in ihrem Haus im Viertel Sheikh Radwan von Gaza-Stadt



VERZWEIFELTE SUCHE NACH ESSBAREM

Schließlich wurde die Menge des Essens bei den verbliebenen Mahlzeiten reduziert. **„Unsere Mahlzeiten bestehen heute aus Kräutern und anderem Grün, das gerade Saison hat wie wildem Mangold, und manchmal ein paar Zitrusfrüchten. Wir kochen das und das kommt dann auf unsere Teller. Es ist nicht wirklich nahrhaft, aber es gibt uns wenigstens das Gefühl, etwas zu essen“**, erzählt er.

An anderen Tagen durchstreifen sie verzweifelt die Häuser, die zerstört sind oder von den Bewohner*innen verlassen wurden, die in den Süden des Gazastreifens geflohen sind. Sie suchen in den Küchen und Vorratskammern der verlassenen Häusern nach irgendetwas Essbarem. **„Manchmal finden wir etwas Mehl auf dem Boden, das mit Sand vermischt ist. Daraus backen wir dann einen sandigen Brotfladen“**, erzählt der Anwalt.

Seine Familie und er sind zu erschöpft, um zu einer jener Stellen zu gehen, an denen Hilfslieferungen aus der Luft abgeworfen werden. **„Ich habe nicht die Energie, um dort mit Zehntausenden anderen darum zu kämpfen, etwas abzubekommen“**, sagt er. Manches werde dann später zu astronomischen Preisen angeboten. Statt für 10 Dollar wird dann ein Sack Mehl schon einmal für 1000 Dollar feilgeboten.

Den größten Schmerz bereitet dem 33-Jährigen das Schicksal seiner Kinder. **„Wir geben ihnen die größeren Portionen, damit sie aufhören, vor Hunger zu schreien und zu weinen.“** Das hielten Eltern nicht aus. **„Manchmal schreien sie die ganze Nacht und ich mache mich auf die Suche, um irgendetwas zu finden, das sie beruhigt“**, sagt er und fügt hinzu: **„Manchmal wünsche ich mir, dass uns jemand den Gnadenschuss gibt, irgendeinen schnellen Tod, statt dieses langsame Verhungern.“**

„Um ehrlich zu sein, es müsste für unsere Situation einen anderen Ausdruck als katastrophal geben. Wir leben in einer Mischung aus Angst, Hunger und Durst, gepaart mit einer totalen psychischen Erschöpfung.“

„DAS WASSER STINKT“

Seine Frau Nasreen sei im letzten Drittel ihrer Schwangerschaft. Sie sei abgemagert. Das letzte Mal sei sie vor sechs Monaten in einer Arztpraxis gewesen. Dann haben sie es vor kurzem doch geschafft, einige der notwendigen Untersuchungen zu machen.

Die Ergebnisse sind schlecht, so lautete die Diagnose des Arztes. Er verschrieb ihr Vitamine, Kalzium und Eisen-Präparate, wohlwissend, dass es im Gazastreifen nichts davon gibt. Hoffnung und Geduld seien das einzige Rezept, das sie derzeit in Gaza einlösen könnten. Das Beste, habe der Arzt gesagt, sei ohnehin eine angemessene Ernährung. Mangelnde Medikamente sind auch ein großes Thema für Ibrahims Eltern, die bei ihm leben. Beide leiden unter Bluthochdruck und Diabetes. Zunächst nahmen sie statt zwei Pillen nur noch eine am Tag, heute gibt es vielleicht eine Tablette, wenn die Symptome zu stark werden. Inzwischen kann Ibrahim auch nichts mehr kaufen. Das gesamte Ersparnis des Anwalts ist aufgebraucht. Neues Geld zu verdienen sei praktisch unmöglich.

Die Beschaffung von Trinkwasser sei eine enorme Herausforderung. Das vorhandene Wasser sei wegen der Nähe zum Meer versalzen und aufgrund der zerstörten Infrastruktur mit Abwasser versetzt. Vor dem Krieg hätten sie dieses Wasser aus dem Hahn noch nicht einmal zum Kochen verwendet.

Heute müsse er ungefähr fünf Kilometer weit gehen, um einen Wasserkanister zu füllen, berichtet Ibrahim. Das sei nicht nur gefährlich, weil der Brunnen in der Nähe der Stellungen der israelischen Armee liege. **„Um ehrlich zu sein, das Wasser stinkt, es ist trüb und es schwimmt allerlei Getier, wie Würmer, darin. Bevor wir es trinken, filtern wir es durch ein Stück Stoff.“**

Der mentale Zustand der Menschen sei katastrophal. **„Demenz sowie alle Arten von Psychosen und Depressionen sind weit verbreitet“**, erzählt Ibrahim. Oft sehe er, wie vor allem Menschen mit besserer Bildung ziellos durch die Straßen ziehen. **„Ihr Kopf hält das nicht mehr aus. Sie haben buchstäblich ihren Verstand und ihr Gedächtnis verloren“**, sagt er.

DIE KINDER LEIDEN AM MEISTEN

Der für ihn persönlich schlimmste Moment war, als er vor ein paar Tagen doch zu einem der Orte ging, an denen Nahrungsmittel aus der Luft abgeworfen werden. Die Kinder waren so hungrig.

„Auf einen Mann direkt neben mir wurde geschossen, wahrscheinlich von einem Scharfschützen. Der Mann war verletzt. Ich stand hinter einer Betonsäule und rührte mich nicht vom Fleck, weil ich Angst hatte. Er lag da und verblutete. Er zitterte, bis er kein Lebenszeichen mehr von sich gab.“ Ibrahim habe ihn von seinem Versteck aus nur angestarrt. **„Diese Szene verfolgt mich bis heute. Mein moralischer Kompass sagte mir, geh und rette ihn, aber meine Angst hielt mich auf“**, sagt er.

Schon vor einem Monat warnte die UN-Kinderhilfsorganisation UNICEF davor, dass die Kinder in Gaza eine mentale Gesundheitskrise erleben und dringend psychologische Hilfe bräuchten. Viele litten unter Angstzuständen. Auch Ibrahim erzählt, dass sich seine Kinder immer wieder vor Angst einnässen. Er endet seine Sprachnachricht mit seiner größten Sorge, seinem vierjährigen Sohn.

„Seit den Bombardierungen hat mein Sohn begonnen, merkwürdige Geräusche zu machen, mit den Augen zu rollen und Grimassen zu schneiden. Sein Hirn schickt verwirrende Signale an seine Nerven. Ich nehme alle meine Kraft zusammen, und sage ihm, es ist vorbei, du brauchst vor nichts mehr Angst zu haben. Er sitzt auf meinem Schoß und ich halte ihn fest an mich gedrückt, um seine Bewegungen zu kontrollieren. Ich fürchte, auch er verliert langsam seinen Verstand“, mit diesen Worten endet seine Sprachnachricht.

Der ebenfalls auf WhatsApp mitgeschickte Auszug aus seinem Tagebuch schließt mit den Sätzen: **„Lieber Gott, ich wundere mich: Weiß die Welt, dass wir hungrig sind? Ist mein Schreien laut genug, um irgendjemandes Gewissen in Bewegung zu setzen? Wie kann das Schreien meiner Kinder für irgendjemanden ein Sieg sein?“**

KARIM EL-GAWHARY

Auf der Anklagebank

Zum Stand Internationaler Gerichtsverfahren gegen Israel

Israel sitzt zurzeit gleich mehrfach auf der Anklagebank in Den Haag. Am 26. Januar 2024 bestätigte der Internationale Gerichtshof (IGH) auf der Basis der Klage Südafrikas den Verdacht, dass Israel im Gazastreifen einen Genozid verübe und ordnete in einem Eilantrag sechs Sofortmaßnahmen an. Auch wenn der IGH nicht wie von vielen Palästinenser*innen erhofft expressis verbis einen Waffenstillstand forderte, so laufen die verlangten Maßnahmen doch implizit darauf hinaus. In dem Urteil wird Israel entsprechend Artikel II der internationalen Genozid-Konvention verboten, Menschen in Gaza zu töten, ihnen physisches und psychisches Leid zuzufügen und ihre Lebensgrundlagen zu zerstören. Israel wird verpflichtet, humanitäre Hilfe zur Deckung von Grundbedürfnissen nach Gaza zuzulassen. Und es muss die Anstachelung zum Völkermord innerhalb des eigenen Landes rechtlich verfolgen.

Allerdings hat die Netanjahu-Regierung seitdem wenig Bereitschaft gezeigt, dem IGH-Urteil Folge zu leisten. Hilfskonvois wurden bombardiert. Am 29. Februar wurden in Gaza-City 112 ausgehungerte Palästinenser*innen, die sich einem Hilfskonvoi näherten, von israelischen Soldaten aus einem militärischen Checkpoint heraus erschossen, über 700 wurden verletzt. Mitte März stürmten israelische Truppen zum zweiten Mal das Schifa-Krankenhaus und richteten ein Massaker unter Patientin*innen und Ärzt*innen sowie Geflüchteten, die im Krankenhaus Schutz gesucht hatten, an. In den ersten zwei Monaten nach der Verkündung des IGH-Bescheids bis Ende April starben erneut 6.500 Menschen durch israelische Bombardements und Scharfschützen.

In einer Dringlichkeitsentscheidung vom 28. März stellte der IGH fest, dass die Palästinenser*innen in Gaza nicht länger mit der Gefahr einer Hungersnot konfrontiert sind, **„sondern dass die Hungersnot eingetreten ist“**. Neben der Ermahnung, die Beschlüsse vom 26. Januar umgehend umzusetzen, ordnete der IGH Israel an, **„alle notwendigen und wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um unverzüglich und in vollster Kooperation mit den Vereinten Nationen die ungehinderte Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe, einschließlich Nahrungsmitteln, Wasser, Elektrizität, Treibstoff, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitärer Einrichtungen sowie medizinischer Versorgung und medizinischer Betreuung für die Palästinenser im gesamten Gazastreifen zu**

gewährleisten, unter anderem durch die Erhöhung der Kapazität und der Anzahl der Landübergänge sowie diese offen zu halten, solange die Situation dies erfordere.“¹

Bis zum 28. Oktober dieses Jahres muss Südafrika sein schriftliches Plädoyer für das Hauptverfahren einreichen. Israel hat dann noch einmal neun Monate Zeit auf die Anklage zu antworten, bevor das Gericht über das Urteil berät.

Die Entscheidung des IGH ist nicht bindend. Durchsetzen könnte sie allein der Weltsicherheitsrat. Dennoch zeigt der Prozess erste Wirkungen. So hat der Weltsicherheitsrat am 25. März erstmals eine Resolution verabschiedet, die einen Waffenstillstand fordert, ohne dass die Entscheidung durch die USA blockiert wurde.

Die Genozid-Konvention ahndet nicht nur Völkermordverbrechen, sondern fordert alle Unterzeichnerstaaten dazu auf, Genozid zu verhindern und rechtlich zu ahnden. Auf der Basis des IGH hat Nicaragua deswegen am 1. März Klage gegen Deutschland als den zweitwichtigsten Waffenlieferanten an Israel – 30 % der israelischen Waffenimporte stammen aus deutschen Waffenschmieden – eingereicht und ihm vorgeworfen durch seine Waffenlieferungen dem Genozid Vorschub zu leisten. Und am 26. April forderte das Berliner Verwaltungsgericht – ebenfalls unter Bezugnahme auf das IGH-Urteil – eine Klarstellung von der Bundesregierung, wie sie zu verhindern gedenke, dass durch den Einsatz deutscher Waffen nicht internationales Recht gebrochen werde. Bis zur Klärung des Sachverhaltes dürften keine Waffenlieferungen an Israel erfolgen.

Noch ein zweites Verfahren gegen Israel ist am IGH anhängig. Vom 19. bis zum 26. Februar fanden öffentliche Hearings über **„Rechtliche Konsequenzen aus der Politik und den Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem“** – so der etwas sperrige offizielle Titel – statt. In der Resolution 77/247 vom 30. Dezember 2022 hatte die UN-Generalversammlung gegen die Stimmen von u.a. Israel, den USA, Großbritanniens und Deutschlands ein Gutachten zur völkerrechtlichen Bewertung der nun schon über ein halbes Jahrhundert währenden Besatzung eingefordert. Die Nein-Stimmenden begründeten ihre Ablehnung mit den Resolutionen 232 und 338 des Weltsicherheitsrates und den Oslo-Verträgen, die auf dem Prinzip „Land gegen Frieden“ beruhen. Die große Mehrheit der Staaten betonte die Illegalität

der Besatzung und das völkerrechtlich verbriefte ius-cogens Recht palästinensischer Selbstbestimmung, das eben gerade nicht von israelischen Sicherheitsinteressen und israelischer Zustimmung abhängig sei.

Noch ein anderes internationales Gericht mit Sitz in Den Haag ermittelt zum Gazakrieg und zur Besatzung: der Internationale Strafgerichtshof (IStGH). Anders als der IGH kann der IStGH auch Einzelpersonen wegen Völkerrechtsverbrechen anklagen. Voraussetzung ist, dass diese einem Mitgliedsstaat angehören, bzw. die Verbrechen auf dem Territorium eines Mitgliedsstaates verübt wurden. Der IStGH ist anders als der IGH, der als zwischenstaatliches Gericht der UNO 1945 gegründet wurde, keine Institution der UNO. Allerdings bestehen enge Verbindungen zwischen der UNO und dem IStGH. Das Römische Statut wurde durch die UN-Vollversammlung 1998 beschlossen. Der UN-Sicherheitsrat kann Fälle an den IStGH weiterleiten. Der Internationale Strafgerichtshof wurde auf der Basis des Römischen Statuts in der Tradition der Jugoslawien- und Ruanda-Tribunale zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und völkerrechtswidriger Aggressionen 2002 ins Leben gerufen. Ihm gehören 124 Staaten an – darunter allerdings weder Israel, noch die USA, China, Russland oder Indien. Die USA haben sogar gedroht, Richter*innen des IStGH mit Sanktionen zu belegen, sollten sie Verfahren gegen amerikanische Militärangehörige wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan oder dem Irak einleiten.

Zum 1. April 2015 trat Palästina dem IStGH bei, nachdem zuvor die UN-Vollversammlung gegen den Protest Israels und der USA Palästina als Nichtmitgliedstaat mit Beobachtungsstatus anerkannt hatte. Auch einige EU-Länder, darunter Deutschland, Österreich, Tschechien, Ungarn und Litauen erkennen Palästina nicht als Vertragspartei des IStGH an. Damit war der Weg für strafrechtliche Voruntersuchungen von Menschenrechtsverbrechen in Palästina frei, die die aus Gambia stammende Chefanklägerin des IStGH, Fatou Bensouda, rückwirkend bis zum Beitritt am 13. Juni 2014 – also einschließlich des Gazakrieges 2014 – aufnahm. Im März 2021, kurz vor Ende ihrer Amtszeit, erklärte Bensouda, die von der israelischen Presse als **„Devil from Gambia“** beschimpft wurde, die Vorermittlungen für abgeschlossen und eröffnete das Hauptverfahren, das sowohl israelische Kriegsverbrechen, wie durch die Hamas begangene Völkerrechtsverletzungen



FOTO // URSULA MINDERMANN

einschließen würde. Die israelische Regierung sprach von einem „antisemitischen Akt“ und die USA – obwohl nicht Mitglied des IStGH – forderte die Palästinensische Autonomiebehörde auf, das Verfahren zurückzuziehen und drohte, die Hilfszahlungen an die Palästinenser*innen einzustellen.

Bensoudas Nachfolger, der Brite Karim Khan, hat nach einem Besuch in Israel, Ramallah und dem Grenzübergang in Rafah Ende Oktober erklärt, dass Massaker der Hamas vom 7. Oktober sowie mögliche israelische Kriegsverbrechen in Gaza in das laufende Verfahren einbezogen würden.

Palästinensische Menschenrechtsorganisationen befürchten allerdings, dass sich die Ermittlungen vor allem gegen die Hamas richten werden. Khans erster Besuch führte ihn nach Israel, wo er Angehörige der Geiseln traf, obwohl Israel kein Mitglied des IStGH ist. Khan, der den Titel eines britischen Kronanwalts (Queen’s bzw. King’s Counsel) trägt, war der Wunsch kandidat des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson für das Amt des Chefanklägers und musste sich in einer Kampfanstimmung gegen den irischen Gegenkandidaten Fergal Gaynor durchsetzen. Johnson hatte der pro-israelischen Lobby-Gruppe „Conservative Friends of Israel“ gegenüber erklärt: „Wir lehnen

die Untersuchungen von Kriegsverbrechen in Palästina ab;“

Auch die Ernennung des britischen Militärstaatsanwalts Andrew Caylay, der ebenfalls den Tories eng verbunden ist, sowie die Ernennung der Amerikanerin Brenda Hollis, Ex-Colonel der amerikanischen Luftwaffe, als Chefermittler*innen der Kriegsverbrechen in Palästina lassen Zweifel bezüglich der Neutralität aufkommen. Erstens lehnen die USA die Gerichtsbarkeit des IStGH ab, weshalb sollten sie nun sogar die Chefermittlerin stellen und zweitens ist die Ernennung von Landsleuten, dass ein Brite einen Briten ernennt, für zugeordnete Abteilungen innerhalb internationaler Organisationen unüblich.

Andererseits hat sich auch der Druck auf den IStGH erhöht. Im November 2023 legten Südafrika, Bangladesch, Bolivien, die Komoren und Djibuti in Den Haag Beschwerde gegen Israels Kriegsführung in Gaza ein, im Januar 2024 folgten Chile und Mexiko. Palästinensische Menschenrechtsorganisationen haben die israelische Regierung wegen Genozids angeklagt. Reporter ohne Grenzen haben Strafanzeige wegen der hohen Anzahl getöteter Journalist*innen in Gaza gestellt. Und ein Team von internationalen Anwalt*innen hat auf Initiative des französischen Rechtsanwalts Gilles Dever im Namen der Opfer Anzeige erstattet. Mit dem Urteil des IGH vom 26. Januar wurde ein Präzedenzfall geschaffen, den der IStGH nicht einfach übergehen kann.

Inzwischen ist auch die israelische Führung beunruhigt, dass der IStGH internationale Haftbefehle gegen Netanjahu und andere führende israelische Politiker*innen und Militärs, allen voran Verteidigungsminister Gallant und Armeechef Halevi ausstellen könnte, vor allem mit dem Vorwurf, die Palästinenser*innen in Gaza mutwillig ausgehungert zu haben. Jedenfalls wurden alle Botschaften in Alarmbereitschaft versetzt. Da Israel nicht Mitglied des IStGH ist, versucht es über befreundete Regierungen, Druck auf Khan auszuüben, mit dem Ziel Haftbefehle zu verhindern.

IVESA LÜBBEN

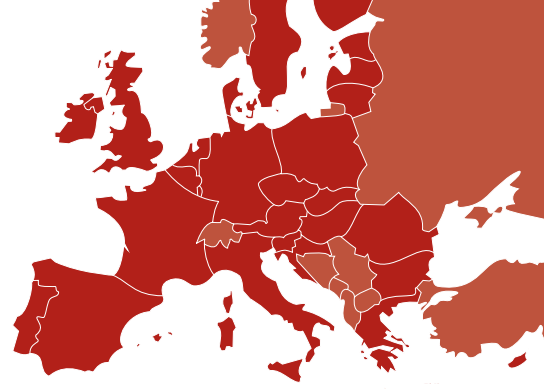
Weitere Informationen

Internationaler Gerichtshof

<https://www.icj-cij.org/case/186>. Hier können auch alle den Fall betreffende Dokumente einschließlich der eingereichten Plädoyers sowie der Protokolle der Verhandlung eingesehen werden.

Internationaler Strafgerichtshof

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240524-pre-01-00-en.pdf>



Deutsche und EU-Palästina politik

VERWALTUNGSGERICHT BERLIN VERLANGT RECHENSCHAFT ÜBER WAFFENLIEFERUNGEN NACH ISRAEL

Das Verwaltungsgericht Berlin hat in einem Eilantrag von Betroffenen gegen Waffenlieferungen Deutschlands nach Israel gegen die Bundesrepublik Deutschland eine Zwischenverfügung erlassen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, bis zum 15. Mai 2024 darzulegen, „auf welche Weise“ sie „im Fall künftiger unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallender Waffenlieferungen nach Israel – jedenfalls so lange die Kampfhandlungen im Gaza-Streifen andauern – sicherzustellen beabsichtigt, dass die Erteilung der Genehmigung keine völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen“. Das Gericht verpflichtet die Bundesregierung ferner, jegliche weitere unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden Waffenlieferungen nach Israel umgehend mitzuteilen, um dem Gericht zu ermöglichen, eine sogenannte „Hängeentscheidung“ (einen Zwischenbeschluss) zu erlassen, der diese Waffenlieferungen untersagt.

SANKTIONEN GEGEN ISRAEL UND HAMAS GEFORDERT

Belgiens Vize-Ministerpräsidentin Petra de Sutter hat die belgische Regierung aufgefordert, Sanktionen gegen Israel zu verhängen und die Bombardierung von Krankenhäusern und Flüchtlingslagern zu untersuchen, heißt es in einer Reuters-Meldung vom November 2023. Die EU müsse das Assoziierungsabkommen mit Israel aussetzen. De Sutter fordert auch Sanktionen gegen Personen, die die Hamas mit Geld versorgen.

DEUTSCHLANDS CANCEL CULTURE SCHREITET VORAN

Nach Masha Gessen, Ghassan Hage, Judith Butler u.a. wurde nun auch die jüdische US-Philosophin Nancy Fraser gecancelled. Sie sollte an der Kölner Universität Vorlesungen halten. Professor Andreas Speer, der für die Organisation der Veranstaltungen zuständig ist, habe ihr erzählt, dass der Rektor der Universität Köln besorgt war, weil sie zu den Mitunterzeichnerinnen der Erklärung „Philosophy for Palestine“ gehört. Fraser forderte den Rektor auf, sich öffentlich zu äußern. Sie erklärte: „Das Ganze sendet auch ein sehr starkes Si-

gnal an Wissenschaftler:innen in der ganzen Welt: Wenn du es wagst, bestimmte Ansichten zu bestimmten politischen Themen zu äußern, wirst du hier (in Deutschland) nicht willkommen sein. Eine eiskalte Wirkung auf die politische Meinungsfreiheit.“

RECHENSCHAFTSPFLICHT JETZT: STRAFANZEIGE GEGEN BUNDESREGIERUNG

Eine Gruppe deutscher Anwält:innen hat im Namen von deutsch-palästinensischen Familienangehörigen aus Gaza Strafanzeige gegen Mitglieder des Bundessicherheitsrats erstattet. Die Anklage wurde bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erhoben. Gemäß der deutschen Strafprozessordnung ist die Voraussetzung für die Einleitung von Ermittlungen der sogenannte Anfangsverdacht. Der IGH-Beschluss hat deutlich gezeigt, dass ein solcher Anfangsverdacht hinsichtlich eines Völkermords gegen die Palästinenser:innen in Gaza besteht.

Beihilfe kann geleistet werden durch logistische, finanzielle oder materielle Unterstützung, aber auch durch das Kreieren von günstigen Umständen für die Straftat. Hier sind insbesondere die Genehmigungen von Rüstungsexporten und die politische und diplomatische Unterstützung zu benennen.

WARNUNG VOR NEUER NAKBA

Bereits am 14. Oktober 2023 hat Francesca Albanese, seit dem 1. Mai 2022 Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, vor ethnischer Säuberung in Gaza gewarnt.

„Es besteht die große Gefahr, dass sich die Nakba von 1948 und die Naksa von 1967 wiederholen, allerdings in einem größeren Ausmaß. Die internationale Gemeinschaft muss alles tun, um zu verhindern, dass sich dies wiederholt“, so die UN-Expertin. Sie wies darauf hin, dass israelische Beamte offen für eine weitere Nakba plädiert haben, d. h. für die Ereignisse von 1947–1949, als über 750 000 Palästinenser während der Feindseligkeiten, die zur Gründung des Staates Israel führten, aus ihren Häusern und ihrem Land vertrieben wurden. Durch die Naksa, die 1967 zur Besetzung des Westjor-

danlandes und des Gazastreifens durch Israel führte, wurden 350.000 Palästinenser vertrieben.

DEUTSCHER DIPLOMAT AUS BIRZEIT VERTRIEBEN

Der deutsche Vertreter bei der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah, Oliver Owczka, wurde wegen der Unterstützung Israels durch Deutschland während eines Besuchs auf dem Gelände der Birzeit-Universität im Westjordanland Ende April, von einer Gruppe protestierender Studenten vertrieben. Sein Auto wurde mit Gegenständen beworfen.

FRANKREICH VERSCHÄRFT REPRESSION GEGEN STUDIERENDE

Euro-Med Human Rights Monitor beobachtet eine Verschärfung der offiziellen und institutionellen Repression gegen Universitätsstudenten in Frankreich, die friedlich gegen Israels mörderischen Krieg im Gaza-Streifen protestieren. Die französische Regierung habe verschiedene Formen der Einschüchterung angewandt, um Aktivisten, die sich gegen Völkermord aussprechen, zum Schweigen zu bringen, und dabei auch pro-palästinensische politische Persönlichkeiten ins Visier genommen.



Die französische Polizei löste am 29. April gewaltlos eine studentische Sitzblockade auf dem Platz der Sorbonne-Universität in Paris auf und entfernte die Zelte der Studenten.

KEINE EINREISE NACH FRANKREICH

Dem prominenten britisch-palästinensischen Chirurgen Ghassan Abu Sitta wurde die Einreise nach Frankreich verweigert, wo er vor dem Senat über Israels Angriffe auf das Gesundheitssystem in Gaza sprechen sollte. Das Internationale Zentrum für Gerechtigkeit für Palästinenser (ICJP), das mit Abu Sitta zusammenarbeitet, teilte mit, dass die französischen Behörden dem Arzt am Flughafen Charles de Gaulle sagten, dass Deutschland ein Schengen-weites Einreiseverbot gegen ihn verhängt habe. Die deutschen Behörden hatten ihn am Flughafen Berlin festgesetzt und seine Teilnahme am Palästina Kongress verhindert. Abu Sitta, der letztes Jahr als Freiwilliger im Al Shifa Hospital und im Al Ahli Krankenhaus im Gazastreifen tätig war und Zeuge der tödlichen israelischen Bombenangriffe wurde, bezeichnet das Verbot als Versuch, ihn zum Schweigen zu bringen.

STRIKE GERMANY!

Die Bewegung „Strike Germany“, die zum Boykott deutscher Kulturinstitutionen aufruft, weil sie die Solidarität mit Palästina unterdrücken, wirkt sich bereits in Deutschland aus. So sind beispielsweise beim European Media Art Festival (EMAF) im Zuge von „Strike Germany“ fünf Filme zurückgezogen worden, wie die Festivalleiterin



Mundt bekanntgab. Eine der prominentesten Unterstützerinnen von „Strike Germany“ ist die französische Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux.

KOMMENTAR FRAGWÜRDIGE DEUTSCHE NAHOSTPOLITIK

Es ist beschämend und beleidigend, wenn hier lebende Palästinenser*innen feststellen müssen, dass die deutsche Politik und die überwiegende Mehrheit der Medien israelische Politik schützen, jedoch Palästinenser*innen abwerten. Zu Juden und Israelis habe man Vertrauen. Mit ihrer Regierung habe man sogar „gemeinsame Werte“, nicht jedoch mit Palästinensern, Arabern oder Muslimen, die keine Demokratien hätten. Letztere werden öffentlich in Diskussionen als aggressiv, unzuverlässig und jüdenfeindlich beschrieben. Diese Zuschreibungen schmerzen, diese Urteile spalten, diese Diskriminierungen sind einfach unerträglich.

Die Widersprüchlichkeit der deutschen Politik in Bezug auf das Festhalten an der deutschen Staatsräson und der wahrnehmbaren Realitäten im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist längst innerhalb der deutschen Bevölkerung angekommen, nicht aber in der deutschen Politik. Bei Diskussionen und Podien stelle ich immer wieder fest, dass Menschen durchaus in der Lage sind, selbst zu beurteilen und zu bewerten, dass Israels Politik nicht mehr tragbar ist. Es ist an der Zeit, dass unsere deutschen Politiker*innen nicht blind der israelischen Regierung und ihrer Politik folgen, sondern eigenständig denken und furchtlos handeln. Es ist für jede*n erkennbar, dass die blinde Loyalität falsch und dass ein Umdenken angezeigt ist.

Im zerstörten Gazastreifen droht durch die Blockade Israels eine dramatische Hungersnot. Israel brüskiert die Aufforderungen der USA und Deutschlands, das Elend zu beenden. Was Außenministerin Annalena Baerbock im Sommer 2023 sagte: **„Beenden Sie die Art der Kriegsführung, Hunger als Waffe einzusetzen“**, galt Russland. Warum traut sie sich nicht, diesen Appell an Israel zu richten? Weshalb hat sie Angst, die Warnung der Vereinten Nationen zu übernehmen? Hier bedarf es drastischen Druck auf Israel und nicht das Abwerfen von Lebensmittelpaketen aus der Luft bei gleichzeitiger Lieferung von Waffen an Israel.

Und nun wird in einigen Bundesländern von Palästinensern, arabischstämmigen und islamischen Menschen verlangt, dass sie bei der Einbürgerung eine Loyalität zu Israel schriftlich abgeben. Diese

fragwürdige Nahostpolitik ist nicht fair, wenn sie gleichzeitig die Existenz des Staates Palästina verhindert. Hier lebende Palästinenser, ob Muslime oder Christen, fühlen sich benachteiligt und diskriminiert.

Bei einem Gespräch im Reichstag teilte mir ein Bundestagsabgeordneter Ende letzten Jahres mit, dass Deutschland dem Vorgehen der amerikanischen Regierung folgen und „militanten jüdischen Siedlern“ die Einreise in die Bundesrepublik verweigern werde. Auf diese Mitteilung über die „Zunahme von jüdischer Siedlergewalt“ habe ich nur lächelnd gesagt: **„Symbolik sollte keinen Platz in der Politik haben.“**

Zurzeit beschäftigt sich die Welt mit einem möglichen Ausbruch eines Krieges zwischen Israel und dem Iran. Und schon wieder wird ein bekanntes Verhaltensmuster der israelischen Politik evident. Alle sprechen über den massiven iranischen Angriff mit Drohnen und Raketen auf Israel. Kaum in Betracht kommen die aggressiven Bombardierungen Israels in Syrien und im Libanon auf iranische Einrichtungen und Politiker. Selbst die USA rufen Israel zu Mäßigung und appellieren an die israelische Regierung, keine Vergeltung zu üben. Dieses Verhaltensmuster fand in bisherigen Auseinandersetzungen und Kriegen Anwendung: Erst provozieren, auf eine Reaktion warten, um zurückzuschlagen. Israel ist es bis jetzt gelungen, sich immer als Opfer darzustellen. Die israelische Regierung als Täter zu bezeichnen, wäre vermutlich schon antisemitisch. Es ist an der Zeit, Israel als einen normalen Staat zu betrachten. Ihm von vornherein Absolution zu erteilen und ihn so aus den Anforderungen, die das Völkerrecht an Staaten hat, herauszunehmen, ist nicht vertretbar, weil sonst alle Zerstörungen, gezielten Tötungen, Vertreibungsmaßnahmen und Bau von rechtswidrigen „Siedlungen“ und unrechtmäßigen Annekterungen geduldet werden. Die überwiegende Mehrheit in Deutschland erkennt dieses Unrecht und distanziert sich zunehmend von der deutschen Nahostpolitik.

Nach sechs Monaten Krieg steht Gaza nicht vor einer Naturkatastrophe, sondern vor einer menschengemachten Katastrophe, vor deren Auswirkung internationale Menschenrechts- und Hilfsorganisationen seit langem warnen. Ja, es gibt Politiker, die der Meinung sind, dass die israelische Regierung das Aushungern von Zivilisten als Kriegswaffe nutzt. Viele wissen es auch, aber sie trauen sich nicht, die Wahrheit zu sagen.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-Präsident

Vertrauen verloren

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich auch in Deutschland vieles verändert. Und zwar nicht zum Guten. Jedenfalls für hier lebende Menschen mit palästinensischem, muslimischem oder arabischem Hintergrund – und auch nicht für Jüdinnen und Juden. Deutsche Jüdinnen und Juden sollen sich für die Regierungspolitik Israels, Palästinenser*innen für den Angriff der Hamas, Muslime für die politische Instrumentalisierung ihrer Religion und Araber*innen für ziemlich alles, was orientalistisch negativ ist, verantworten.

Der Hamas-Angriff und die israelische Reaktion darauf haben die deutsche Politik und Gesellschaft derart vereinnahmt, dass ein jeder meint, sich positionieren zu müssen. Wobei eine Entweder-Oder-Haltung erwartet wird. Ist man für Israel, dann ist man zwangsläufig gegen Palästina und umgekehrt. Diese gesellschaftliche Polarisierung spaltet.

Wer sich jedoch nicht eindeutig und vor allem vorbehaltlos auf die Seite Israels stellt, der gilt womöglich als Israelhasser*in, als Judenhasser*in oder als Antisemit*in. Diese Entweder-Oder-Erwartung erlaubt keine Differenzierung und erschwert den Diskurs über alles, was bis zum 6. und ab dem 8. Oktober 2023 geschehen ist.

Ein Stück Vertrauen in die Demokratie ist verloren gegangen. Für mich und für viele andere Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, und die die Vorzüge einer funktionierenden Demokratie mit der Betonung von Menschen- und Völkerrecht, Menschenwürde und Meinungsfreiheit erst hier erlebt und gelernt haben, ist diese Polarisierung ein Schock. Die unterschiedliche Anwendung der politischen Werte empfinden wir als eklatanten Verstoß gegen Gleichheit und Fairness. Es wirkt, als würde die deutsche Gesellschaft einem Teil ihrer Werte auf einmal weniger Bedeutung beimessen, wenn Doppelstandards verfolgt werden.

Der soziale Friede in diesem Land scheint aus den Fugen geraten zu sein. Hier in Deutschland kann man seine Meinung sagen, ohne sofort verdächtigt zu werden – so hat man Deutschland, auch im Ausland wahrgenommen. Plötzlich jedoch fühlt sich das anders an. Wer ist noch Willens, zu differenzieren?

Und doch spüren wir, die friedfertige Mehrheit der Palästinenser*innen, die ohne Hass und Hetze um die tausenden Toten des Gaza-Krieges trauert, kaum Anteilnahme seitens der deutschen Politik. Die palästinensischen Toten bleiben Zahlen ohne Gesichter, von Deutschland gebilligte Kollateralschäden der israelischen Selbstverteidigung.

Sicher, auch die Palästinenser*innen in Deutschland sehen, dass die Bundesregierung sich für humanitäre Erleichterungen für die geflüchtete und vertriebene Zivilbevölkerung im Gazastreifen einsetzt. Aber es bleibt ein schaler Beigeschmack, wenn dieselbe Regierung sich monatelang nicht einmal für eine Feuerpause ausspricht und weiterhin Waffen nach Israel liefert. Und für uns gibt es einen wahrnehmbaren, schmerzlichen Unterschied zwischen Solidarität mit Israel und unkritischem Abnicken jeder Entscheidung jeder israelischen Regierung.

NAZIH MUSHARBASH

Staatsraison bedeutet nicht bedingungslos an der Seite Israels

Was treibt eigentlich die deutsche Regierung an, weiter bedingungslos an der Seite Israels zu stehen? Grundlage ist der bis heute unter Staatsrechtlern höchst umstrittene Topos der „Staatsraison“ der früheren Kanzlerin Angela Merkel und der daraus folgenden „besonderen Verantwortung“ für die Sicherheit Israels. Während Deutschland nach Recherchen des SIPRI-Friedensforschungsinstituts in Stockholm der zweitgrößte Waffenlieferant an Israel ist mit im vergangenen Jahr 47 % aller von Israel importierten Waffen und in der UNO an der Seite der USA abstimmt, sodass keine eindeutigen Verurteilungen der israelischen Kriegführung zustande kommen, isoliert sich Deutschland international immer mehr.

Gleichzeitig wird in Deutschland verstärkt jede Kritik an Israel als Antisemitismus diffamiert, Versammlungen verboten, und die verfassungsgemäß garantierte Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt. Die Doppelmoral deutscher Politik wird immer gravierender und dies, obwohl die zunehmende Mehrheit der Bevölkerung nach neueren Umfragen die israelische Kriegspolitik immer deutlicher ablehnt und wie die ganze Welt, eine sofortige Waffenruhe und Beendigung des Krieges fordert.

„Deutsche Israelpolitik ist eine Elitenprojekt“, denn die Solidarität mit Israel bleibt auch angesichts der immer weiter steigenden Zahl getöteter Zivilist*innen, der großflächigen Zerstörung des Gazastreifens und einer Hungersnot als Waffe ungebrochen.

Doch es bewegt sich etwas in Medien und Think Tanks. So schreibt etwa die SPD-nahe Friedrich Ebert Stiftung in ihrer Zeitschrift IPG: **„Notwendige Solidarität: Ja. Blindheit gegenüber der Kriegführung in Gaza: Nein. Deutschland braucht eine andere Israel-Politik. – Deutsche Außenpolitik muss sich ehrlich machen. Und daher ist es notwendig, dass die universalistische Säule deutscher Außenpolitik viel stärker zum Tragen kommt – ansonsten verliert Deutschland nicht nur international an Glaubwürdigkeit, sondern auch ein Stückweit die eigene Integrität“**.

Wohin die deutsche Staatsraison-Politik führt, hatte schon Exkanzler Helmut Schmidt formuliert: **„Dass da am laufenden Band sogenannte Siedlungen errichtet werden, zum Teil richtige Wohnblocks, eine Mauer errichtet wird auf einem Gelände, das nicht zum Staat Israel gehört, alles das sind Dinge, die eigentlich kritisiert werden sollten, und wenn man sie verschweigt und stattdessen sagt, wir tragen eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels, dann ist das möglicherweise ein nicht zu Ende gedachter Teil der eigenen Außenpolitik.“** (2010) Zu dieser kritischen Überprüfung der Staatsraison muss die Bundesregierung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen wieder zurückkehren.

DETLEF GRIESCHE

Selbstbestimmung, keine Entmündigung

Es ist höchst anmaßend und belehrend, wenn deutsche Politiker, aber auch selbst ernannte Experten, ungefragt ihre eigenen Vorstellungen von einer Friedenslösung den Palästinenser*innen anempfehlen. Und wenn sie hierzu noch Bedingungen formulieren und Belehrungen aussprechen, ist das für die Palästinenser inakzeptabel, weil sie für unmündig erachtet werden. Seit der Vertreibung und der Flucht der Palästinenser aus ihrem Stammland, dem

historischen Palästina in den Jahren 1947/48 und mit der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens denkt die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten und darüber hinaus nur noch über eine gerechte Lösung ihrer Tragödie nach. Sie kennen durchaus ihre Möglichkeiten und Chancen zur Verwirklichung ihrer Freiheit.

Jedem müsste klar sein, dass das Leben unter einer erdrückenden Besatzung nicht einfach ist. Dieses Leben ist alles andere als normal. Jedem anderen Volk gesteht man zu, dass seine Bevölkerung alleine darüber entscheidet, von wem und wie es regiert wird. Bei den Palästinensern werden stets Vorbehalte und Bedingungen gestellt. Das muss aufhören, wenn man dem palästinensischen Volk helfen will.

Im Zuge der Osloer Verträge und den damals bestehenden Plänen für die Gründung eines palästinensischen Staates hat man den Palästinensern durchaus eine lebendige Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit bescheinigt.

Und die letzten palästinensischen Wahlen von 2006 sind von internationalen Beobachtern als fair und transparent beurteilt worden. Dass es seitdem keine Wahlen gab, lag an dem von Israel, den USA und den europäischen Staaten nicht akzeptierten Wahlergebnis, nachdem die Hamas die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Die Autonomiebehörde wurde verpflichtet, die Hamas an der Übernahme der Regierungsverantwortung zu behindern. Dadurch gab es den „Bruderkampf“ zwischen Hamas und Fatah und die anschließende Trennung zwischen Westbank und Gazastreifen. Netanjahu hatte maßgeblich daran gearbeitet, dass die Hamas gefördert und die Autonomiebehörde geschwächt wurde. In der gemäßigten Autonomiebehörde hat Netanjahu eine Belästigung gesehen, während er die aggressive Hamas für eine Bereicherung gehalten hatte. Die geographische und administrative Spaltung der Westgebiete vom Gaza-



Nazih Musharbash
Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

streifen entsprach genau den Vorstellungen der israelischen Regierung.

Und nun macht man sich Gedanken darüber, wie die Regierungsfähigkeit der Palästinenser*innen wiederhergestellt werden könnte. International anerkannt ist, dass ausschließlich die Palästinensische Autonomiebehörde für die palästinensische Gemeinschaft spricht und zwar in den besetzten Gebieten und im Exil. Außerdem sind von den Vereinten Nationen durch Reso-

lutionen, zuletzt am 29. November 2012 in der Resolution 67/19 alle Staaten nachdrücklich aufgefordert worden: **„das Palästinensische Volk im Hinblick auf die baldige Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts auch weiterhin zu unterstützen und ihm dabei Hilfe zu gewähren.“**

Beim Selbstbestimmungsrecht der Völker geht es primär um einen verbindlichen völkerrechtlichen Rechtssatz, demzufolge jede Nation das Recht hat, frei, also, unabhängig von ausländischen Einflüssen, über ihren politischen Status, ihre eigene Staats- und Regierungsform und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden. Israel, das die Kontrolle über das von der PLO beanspruchte Territorium ausübt, wie auch die USA oder Deutschland erkennen Palästina nicht als Staat an. 138 der 193 UN-Mitgliedstaaten haben Palästina anerkannt. Drei weitere sind kürzlich dazu gekommen: Norwegen, Irland und Spanien. Vor allem westliche Staaten haben Palästina nicht anerkannt, obwohl diese Staaten sich für eine Zweistaatenlösung ausgesprochen haben.

Seit dem 7. Oktober 2023 verfolgt Israel das Ziel, seine gekidnappten Staatsbürger zu befreien, die Hamas gänzlich zu zerstören und dadurch einen vermeintlichen Frieden zu erzielen. Israel wird es nicht gelingen, die Hamas als Ideologie zu besiegen. Israel und die gesamte Welt müssen wissen, dass die Gründe für das Problem zwischen Israel und den Palästinensern in der dauerhaften erdrückenden israelischen Besatzung liegt. Erst wenn diese Besatzung beendet ist, wird es einen Frieden geben. Fatah und Hamas sind Bestandteile der palästinensischen Gemeinschaft schreibt der palästinensische Politiker Mustafa Bargouthi und fügt in seinem Beitrag hinzu, dass die Palästinenser durchaus in der Lage seien, ihre Zukunft in Selbstbestimmung und vereint zu gestalten. Darüber solle sich das Ausland keinen Kopf zerbrechen.

NAZIH MUSHARBASH

RT
WORT
EIN
EIN
AUF

76 Jahre Nakba

Der Gazakrieg und seine Folgen

STUDENTENTAGUNG 2024 VOM 14.–16. JUNI IM KOPTISCH-ORTHODOXEN KLOSTER – HÖXTER-BRENKHAUSEN

PROGRAMM

FREITAG, 14.06.2024

16:00 Uhr **DPG-Jahreshauptversammlung,**
Gäste sind willkommen

Ausstellung
„Skateboarding in Gaza“
mit Ursula Mindermann



19:00 Uhr Begrüßung und Einführung
Situation der Palästinenser in Israel
mit Ayda Touma-Suleiman,
Knesset-Abgeordnete



SAMSTAG, 15.06.2024

09:00 Uhr **Wo ist aktuell die israelische Friedensbewegung?**
Mit Prof. Dr. Meron Mendel,
Anne-Frank-Stiftung



Missachtung und Bruch des Völkerrechts
mit Riad Othmann, medico international



15:30 Uhr **Zerstörung des kulturellen Erbes in Gaza**
mit Dr. Hamdan Taha,
Kulturwissenschaftler



19:30 Uhr **Musikdarbietung**
mit Aeham Ahmad & Tobias Schulte



SONNTAG, 16.06.2024

09:00 Uhr **Sequenzen und Berichte aus Gaza** per Zoom übermittelt
mit Reham Owda,
Politische Analytistin aus Gaza



Sprachlos und trotzdem sprechen,
Zur Situation nach dem 7. Oktober
mit Nazih Musharbash,
DPG-Präsident



AKTIVITÄTEN DES PRÄSIDIUMS DER DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT

Seit dem Gazakrieg hat sich die Arbeit unseres Präsidiums vervielfacht. Erfreulicherweise verzeichnen wir auch über 100 neue Mitglieder. Viele Anfragen erreichen uns, die beantwortet werden müssen. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Präsidiums vielfältige öffentliche und mediale Auftritte.

- **Ivesa Lübben**, Deutschlandfunk, Podiumsdiskussionen und Mahnwachen
- **Detlef Griesche**, Reden bei Kundgebungen
- **Ursula Mindermann**, Ausstellungen, Aktionen sowie internationale Zoom-Besprechungen
- **Ribhi Yousef** Interviews bei WDR, Reuters, n-TV Debatte, Studio 47.live, TV-NDR, Westdeutsche Zeitung, Diskussionen mit Schulklassen, sowie Mahnwachen.
- **Nazih Musharbash** war und ist von vielen Zeitungen, Radiosendern und Fernsehen, Kirchengemeinden, Universitäten zu mehr als 70 Gesprächs- und Diskussionsrunden angefragt u. a. mit dem israelischen Militärsprecher Arye Shalicar und mit Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Sein dreieinhalbstündiges Interview bei Jung&Naiv wurde 90.000-mal aufgerufen.

Kommende Veranstaltungen sind das Kölner Forum für Journalismuskritik – Verständnis und Verständigung/Medien in polarisierten Zeiten, ein Beitrag in rbb Kultur, 55. Römerberggespräche im Schauspiel Frankfurt zur Deutschen Erinnerungskultur nach dem 7. Oktober – Zwischen Staatsräson und universellem Recht und in den Münchener Kammerspielen mit Meron Mendel über sein Buch „Über Israel reden“.

NAZIH MUSHARBASH

Palästinenser in Deutschland,
Jules el-Khatib,
Friedensaktivist, Berlin



Die Zerstörung des kulturellen Erbes in Gaza

Teil 1

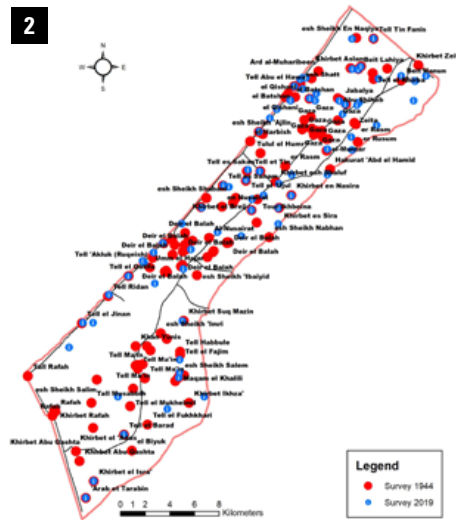
HAMDAN TAHA

Kulturelles Erbe wird definiert als alles, was die Menschheit aus ihrer Vergangenheit geerbt hat und umfasst materielles und immaterielles Erbe. Es ist ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Identität und ein wichtiger Weg zur Entwicklung. Seit Beginn des gegenwärtigen Krieges gegen Gaza wird das palästinensische Kulturerbe einer weitreichenden Zerstörung ausgesetzt. Diese nimmt die Konturen einer systematischen kulturellen Auslöschung an, die antike Stätten, historische und religiöse Gebäude, die Kulturlandschaft als Ganzes, Museen, kulturelle und akademische Einrichtungen, öffentliche Gebäude und Infrastrukturbauten zum Ziel hat. Der vorliegende Beitrag bietet einen kurzen Überblick über die Politik und politischen Richtlinien im Zusammenhang mit dem kulturellen Erbe in Palästina, über den Schutz des kulturellen Erbes im humanitären Völkerrecht, die Rolle der UNESCO und ähnlicher Organisationen. Des Weiteren gibt der Beitrag eine vorläufige Einschätzung der Zerstörung von Kulturstätten, bespricht Mechanismen für die gerichtliche Weiterverfolgung, künftige Maßnahmen zur Bewertung der Schäden und die Ausarbeitung von Plänen und Programmen für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau.

DER GAZASTREIFEN



Der Name „Gazastreifen“ ist ein neuer politisch-geografischer Begriff, der erstmals nach der Nakba von 1948 auftauchte. Er bezeichnet einen schmalen Küstenstreifen im Süden Palästinas (Abbildung 1) mit einer Fläche von etwa 365 Quadratkilometern, in dem etwa 2,3 Millionen Palästinenser*innen leben. Die meisten leben unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen und sind seit 17 Jahren einer erdrückenden Belagerung und seit 1967 einer etwa 56 Jahre andauernden Besatzung ausgesetzt. Etwa 70 % der Einwohner*innen des Gazastreifens sind palästinensische Flüchtlinge, die während der völkermörderischen Angriffe Israels seit 1948 aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben wurden. Gaza ist reich an archäologischen und historischen Stätten. Gaza wurde jedoch zum größten Flüchtlingslager der Welt, wie es der Historiker Ilan Pappé beschreibt. Archäologische Untersu-



chungen aus dem letzten Jahrhundert belegen die Existenz von etwa 130 Fundstätten (Abbildung 2), zusätzlich zu den antiken Städten und Ortschaften im Gazastreifen, zu denen die Städte Gaza-Stadt, Chan Junis, Deir al-Balah, Rafah und Beit Hanun sowie dutzende von Dörfern und Flüchtlingslagern gehören (Datenbank, Ministerium für Tourismus und Altertümer).

DIE GESCHICHTE VON GAZA-STADT

Der alte kanaanitische Name von Gaza-Stadt war *Gazzato*, ein Name, der auch in ägyptischen Texten aus dem 15. Jahrhundert v. Chr. auftaucht. Sie war bekannt als die Stadt Kanaan, war eine der fünf verbündeten Städte in den biblischen Überlieferungen und wird von religiösen Legenden wie der von Samson, Goliath und Delila heimgesucht. Die Stadt wurde auch in assyrischen Texten und in Ma'in-Inschriften im Jemen erwähnt. Sie war über die Weihrauchhandelsroute mit der arabischen Halbinsel verbunden und wurde seit dem 7. Jahrhundert v. Chr. zum Zentrum der Halbinsel an der Mittelmeerküste. Mit dem Jemen unterhielt die Stadt enge Handels-, Kultur- und Heiratsbeziehungen. Gaza-Stadt wird auch in den klassischen Quellen erwähnt, die den Feldzug Alexanders des Großen nach Osten beschreiben. Alexander verlor 332 v. Chr. an den Mauern der Stadt fast sein Leben durch einen arabischen Rebellen, während sich Gazas Statthalter Batis weigerte, sich dem Makedonier zu ergeben. In der vorislamischen Zeit florierte der Handel zwischen Gaza und dem mekanischen Stamm der Quraisch. So starb der Großvater des Propheten Mohammed, Hashim ibn 'Abd Manaf, in Gaza und wurde auch dort beerdigt, und die Stadt wurde als *Ghazzat Hashim* (Gaza des Hashim) bekannt. Die Stadt behielt während der gesamten arabisch-islamischen Ära ihre Bedeutung als Seehafen und als Station auf dem Weg zwischen Ägypten und Syrien (Abbildung 3). Die Festung Chan Junis wurde in der Mamlukenzeit



erbaut und entwickelte sich zur zweitgrößten Stadt nach Gaza-Stadt. In Gaza-Stadt wurde der berühmte Rechtsgelehrte al-Shafi'i geboren, der Begründer der schafiitischen Schule der islamischen Rechtswissenschaft. Er schrieb die folgende Verseile über seinen Geburtsort:

**Ich sehne mich nach dem Land von Gaza,
Auch wenn ich nach langer Trennung
Diese Sehnsucht verdrängt hatte,
aber sie verriet mich.**

DER VÖLKERRECHTLICHE RAHMEN

Der derzeitige Angriff auf den Gazastreifen stellt eine eklatante Verletzung des humanitären Völkerrechts dar, insbesondere der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948. Die UNESCO hat eine erfolgreiche Rolle bei der Verfolgung der Zerstörung des kulturellen Erbes in den beiden Kriegen gegen den Irak und Syrien gespielt. Nach dem Angriff bewaffneter Banden auf Heiligtümer in Mali hat sie außerdem den Internationalen Strafgerichtshof angerufen, damit diese Angriffe nicht ungestraft blieben. Eine internationale, mit mehreren Zielsetzungen betraute Delegation wurde in Zusammenarbeit mit der UNESCO mit dem Schutz kultureller und historischer Stätten in Mali betraut. Die ehemalige Generaldirektorin der UNESCO, Irina Bukova, war der Ansicht, dass der Konsens über die Resolution 2347 des UN-Sicherheitsrats vom 24. März 2017 eine Errungenschaft für die Menschheit darstellte, indem sie der Zerstörung von Kulturerbe in Kriegszeiten ein Ende setzte (Bakonga 2017). Die Geschichte wird zeigen, dass die UNESCO, die bei dieser wichtigen Errungenschaft eine führende Rolle gespielt hat, unter ihrer derzeitigen Führung ihrer Verantwortung für den Erhalt des palästinensischen Kulturerbes in Gaza nicht gerecht geworden ist. Die einzige Maßnahme die sie ergriff war, die Stätte von Tell Umm Amer am 14. Dezember 2023 in die UNESCO-Liste der Stätten, die zusätzlichen Schutz benötigen, einzutragen. Dies geschah auf einer Sondersitzung zur Erörterung der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten.

Dieser internationale Wille ist bei den aktuellen Angriffen auf Gaza weniger deutlich. Die internationalen Reaktionen auf die schrecklichen Verbrechen gegen das kulturelle Erbe des Gazastreifens

waren bisher gedämpft und das Fehlen eines effektiven Einschreitens der UNESCO bei der Zerstörung dieses Erbes ist bemerkenswert. Auch andere europäische Kultureinrichtungen hielten sich sehr im Hintergrund, was auch für die halbherzigen Erklärungen des Internationalen Rats für Denkmalpflege ICOMOS gilt, die den Angriff fast unterstützen. Dies gilt auch für die gemeinsame Erklärung einer Gruppe deutscher Wissenschaftler, die auf der Academia-Website veröffentlicht wurde und in der der historische Hintergrund des Konflikts und die immer weiter fortschreitende Zerstörung von Gazas kulturellem Erbe mit keinem Wort erwähnt wurden.

DIE SYSTEMATISCHE ZERSTÖRUNG VON PALÄSTINAS KULTURELLEM ERBE

Die Akte der Zerstörung im jetzigen Krieg sind eine Fortsetzung ähnlicher Taten, die Israel in den letzten 75 Jahren begangen hat. Zu diesen Taten gehörten die Zerstörung von mehr als 600 palästinensischen Städten und Dörfern und die völkermörderische Säuberung von einer Million Palästinenser*innen, die aus ihren Häusern und von ihrem Besitz vertrieben wurden (Benvenisti 2002; Kletter 2006; Pappé 2006; Masalha 2013; Abu Sitta 2010; Manna 2016). Trotz der Schrecken dieser Verbrechen ist es den Palästinenser*innen bisher nicht gelungen, diese in dem kollektiven Gedächtnis der Menschheit zu verankern.

In den aufeinanderfolgenden Kriegen gegen Gaza hat Israel dem Gazastreifen großen Schaden zugefügt (Quintern 2010:1935-1941). Seit Beginn des Krieges gegen den Gazastreifen hat der israelische Beschuss katastrophale Zerstörungen in allen Lebensbereichen angerichtet (Abbildung 4), die bis heute zum Tod von mehr als 40.000 Menschen und zur Verwundung von mehr als 75.000 palästinensischen Zivilisten, vor allem Frauen, älteren Menschen und Kindern, geführt haben. Darüber hinaus zerstörte Israel Infrastruktur und unverzichtbare Einrichtungen, Krankenhäuser waren gezwungen, ihren Betrieb einzustellen, Israel zerstörte ganze Stadtviertel, löschte ganze Familien aus, zerstörte Häuser, die auf ihre Bewohner*innen stürzten, trieb die Bevölkerung in den südlichen Gazastreifen und in andere Regionen, in denen es nicht einmal das Nötigste zum Überleben gibt und verursachte eine massive humanitäre Katastrophe.



4

VORLÄUFIGE EINSCHÄTZUNG DER SCHÄDEN

Einige lokale Organisationen aus dem Gazastreifen haben auf der Grundlage von Zeugenaussagen und Berichten vor Ort sowie anhand von Satelliteninformationen eine erste Einschätzung der Schäden vorgenommen. Dazu gehört auch ein interner Vermerk des palästinensischen Ministeriums für Tourismus und Altertümer, der die Zerstörung zahlreicher archäologischer Stätten und historischer Gebäude festhält. In einer frühen Phase des Krieges haben das thematische Programm „Kulturerbe für den Frieden“ und ICOMOS-Palästina eine Bewertung der Schäden an 23 von 100 Stätten vorgenommen („Heritage for Peace“ Thematic Programme 2023). Es sei hier darauf hingewiesen, dass diese Bewertung auf Informationen basiert, die unter großen Schwierigkeiten und unter ständigem Beschuss gesammelt wurden, was nicht zuließ, eine gründliche und vollständige Bewertung der an den Stätten des kulturellen Erbes verursachten Schäden vorzunehmen. Nach den vorliegenden Informationen wurden mehr als 100 archäologische Stätten und alle historischen Städte, Moscheen, Kirchen und religiösen Gedenkstätten, Museen und Bibliotheken, Handschriftenzentren, Kultur- und Kunstzentren, Universitäten und akademischen Einrichtungen beschädigt (Taha 2024, Hawari 2014). Die aktuelleren Bilder dieser archäologischen Stätten und historischen Gebäude im Gazastreifen lassen auf die systematische Zerstörung eines kulturellen Erbes schließen, das sich über einen Zeitraum von etwa fünftausend Jahren gebildet hat und heute nur noch ein Haufen Schutt ist (The Guardian 2024).

ARCHÄOLOGISCHE STÄTTEN

Israels Zerstörung zahlreicher archäologischer Stätten begann zu Anfang des Krieges. Die bedeutendste dieser Stätten ist Tall al-Sakan im Süden von Gaza, wo Archäolog*innen Funde aus der frühen Bronzezeit gemacht haben. Vorläufigen Berichten zufolge wurde auch Tall al-'Ajul angegriffen, eine archäologische Fundstätte, die die Geschichte Gazas während der mittleren und späten Bronzezeit repräsentiert, während die Stätten von Tall al-Mintar und die Grabstätten von Scheich 'Ali al-Mintar und Scheich Ridwan schwer beschädigt wurden.

Auch angegriffen wurde der Ort Blakhiya (Abbildung 5), der während der griechisch-römischen Zeit den antiken Hafen von Gaza, den *Anthedon*, beherbergte. Gleichzeitig verursachte der Beschuss der byzantinischen Kirche in Dschabalia sehr schwere Schäden an der Kirche und ihren üppigen Mosaiken und Figuren von Menschen, Tieren, Pflanzen und Szenen aus der Mythologie, die alle äußerst prächtig sind (Abbildung 6).



5

Auch der historische Friedhof in Dschabalia wurde zerstört. Dies ist ein großer Friedhof, auf dem hunderte von Gräbern aus der römischen und byzantinischen Zeit freigelegt wurden. Die Mosaik von 'Absan, die aus der gleichen Zeit stammen, waren bereits im Krieg von 2014 zerstört worden (MoTA 2014).

Das Kloster des Heiligen Hilarion in der archäologischen Stätte von Tell Umm Amer (Abbildung 7) und in der Nähe des Flüchtlingslagers Nuseirat wurde beschossen und es gibt Hinweise darauf, dass der historische Friedhof von Deir al-Balah an der Küste von Deir al-Balah weitreichend beschädigt wurde. Ausgrabungen in den Jahren 1972 bis 1982 enthüllten die außergewöhnliche Bedeutung des Friedhofs, denn es wurden dort anthropoide Särge aus dem 12. Jahrhundert v. Chr. entdeckt.



7

HISTORISCHE RELIGIÖSE GEBÄUDE: MOSCHEEN, GRABSTÄTTEN UND KIRCHEN

Historische und religiöse Stätten wurden systematisch durch Luftangriffe oder Granatenbeschuss angegriffen, wodurch das kulturelle Erbe von Gaza-Stadt, Beit Hanun, Deir al-Balah, Chan Junis und Rafah massiv beschädigt wurde, darunter historische Gebäude, Moscheen, Schulen, Villen, religiöse Grabstätten und öffentliche Brunnen. Zu den bekanntesten historischen und religiösen Gebäuden, die in Gaza angegriffen wurden, gehörte die 'Umari-Moschee (Abbildung 8) im Daraj-Viertel, die vollständig zerstört



6



8



wurde. Sie stammt aus der Zeit der Ayyubiden und ist mit einer Fläche von etwa 4100 Quadratmetern eine der größten Moscheen der Stadt. Der älteste Teil der Moschee wurde in Form einer Basilika ähnlich der Kathedrale des Heiligen Johannes dem Täufer errichtet und stammt aus dem 12. Jahrhundert n. Chr. Die Moschee ist bekannt für ihre mamlukischen und osmanischen Inschriften und es wird angenommen, dass sie an der Stelle erbaut wurde, an der in römischer Zeit der Tempel des Gottes Marna stand und später die byzantinische Eudoxia-Kirche.

Auch die Kirche des Heiligen Porphyrios (Abbildung 9) im Zeitoun-Viertel in Gaza erlitt schwere Zerstörungen. Die Kirche ist verbunden mit dem Heiligen Porphyrios, der im 5. Jahrhundert n. Chr. Bischof von Gaza war, und sie wurde im 12. Jahrhundert n. Chr. wieder aufgebaut. In der Kirche befindet sich das Grab des Heiligen Porphyrios. Die Kirche wurde am 19. Oktober 2023 bombardiert, wobei die Säle und Gehwege zerstört wurden, ein Gebäude, in dem die Gemeindeangestellten untergebracht waren, stürzte ein, wobei zahlrei-



9

che Menschen, die dort Zuflucht gesucht hatten, getötet und ganze Familien ausgelöscht wurden. Die historischen Moscheen von Gaza-Stadt wurden teilweise oder vollständig zerstört. Die bedeutendste von ihnen ist die Katib-Wilaya-Moschee im Zeitoun-Viertel in der Altstadt von Gaza-Stadt, deren ältester Teil aus dem Jahr 1334 stammt, also aus der Zeit der Mamluken. Die westlichen Teile der Moschee stammen aus der osmanischen Zeit. Sie wurden von Ahmad Bey, dem *Katib Wilaya* (dem Obersten Sekretär der Provinz), im Jahr 1586 n. Chr. erbaut und das Minarett der Moschee steht neben dem Glockenturm der Kirche des Heiligen Porphyrios. Zerstört wurde auch die Sayed-al-Hashim-Moschee (Abbildung 10), eine der schönsten alten Moscheen im Daraj-Viertel in Gaza-Stadt. Sie wurde im osmanischen Stil erbaut und hat eine Fläche von etwa 2400 Quadratmetern. Sie hat einen offenen Innenhof (*sahn*), der von Säulengängen umgeben ist. Unter dem westlichen Säulengang befindet sich ein Grab, von dem angenommen wird, dass es sich um das Grab von al-Sayyid Hashim ibn `Abd Manaf handelt, dem Großvater des Propheten Mohammed. Zerstört wurden auch die historische Qashqar-Moschee und die `Umari-Moschee in Dschabalia, die in der Mamlukenzeit erbaut wurde. Ebenfalls zerstört wurde die aus der Mamlukenzeit stammende Zafardamri-Moschee im Stadtteil Shuja`iyya, die von Shihab al-Din Ahmad Azfir ibn al-Zafadamri 1360 n. Chr. erbaut wurde und eine Fläche von rund 600 Quadratmetern hat, während die Mahkama-Moschee in al-Shuja`iyya, die aus der Mamlukenzeit stammt, schon 2014 zerstört worden war (MoTA 2014).



10

Es wurden auch eine große Anzahl religiöser Grabstätten in Tall al-Mintar und Al-Shaykh `Ijlin zerstört, einschließlich der Grabstätte (*maqam*) für al-Khidr (dem Heiligen Georg) in Rafah, wo sich auch das Grab des Heiligen Hilarion befindet. Diese Grabstätten sind nur einige Beispiele für das, was zerstört wurde. Der aus der osmanischen Zeit stammende Schrein des Propheten Yusuf östlich von Dschabalia wurde bei dem Angriff auf Gaza 2014 zerstört (MoTA 2014).

HISTORISCHE SÄKULARE GEBÄUDE: SCHULEN, VILLEN UND BÄDER

Zu den zerstörten historischen Gebäuden gehören öffentliche Gebäude wie Schulen, Villen, Privathäuser und öffentliche Bäder. Der jetzige Krieg unterscheidet sich von seinen Vorgängern dadurch,

dass er systematisch die historischen Zentren von Gaza-Stadt, Beit Hanun und Chan Junis ins Visier nimmt. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang *Qasr al-Basha* (Abbildung 11) im Daraj-Viertel, ein großer Palast mit zwei Stockwerken aus der Mamlukenzeit. Zu seinen Verzierungen gehört das *rank* oder Wappen des Sultans al-Zahir Baybars. In der mamlukischen und osmanischen Zeit war der Palast die Residenz der Gouverneure von Gaza. Der Palast ist nach der Familie Ridwan benannt, die ihn zu Beginn der osmanischen Ära besaß. Napoleon Bonaparte verbrachte 1799 während seines Feldzugs gegen Syrien drei Nächte in diesem Palast. Das Ministerium für Tourismus und Altertümer hatte den Palast restauriert und als Museum eingerichtet.

Ebenfalls vollständig zerstört wurde die al-Kamiliya Madrasa im Zeitoun-Viertel, benannt nach dem ayyubidischen Sultan al-Kamil, der sie 1237 n. Chr. erbaute. Sie hatte zwei Stockwerke und eine Fläche von 537 Quadratmetern mit einem zentralen Innenhof. Diese Madrasa wurde für den Unterricht und als Unterkunft für arme Schüler und Reisende genutzt, und zwar viele Jahrhunderte lang bis 1930. Sie war die letzte erhaltene Madrasa in der Stadt.

Zu dieser programmierten Zerstörung gehört auch die fast vollständige Zerstörung des Al-Saqqahauses im Shuja`iyya-Viertel (Abbildung 12), das 1661 von Ahmad al-Saqqah, einem bekannten Kaufmann aus Gaza, erbaut wurde. Das Haus hat zwei Stockwerke und eine Gesamtfläche von etwa 700 Quadratmetern. Die Familie al-Saqqah hatte es kürzlich restauriert und als Kulturzentrum eingerichtet. Auch das Tarazi-Haus, ein bedeutendes Bauwerk aus der osmanischen Zeit, war Ziel der Angriffe, währenddessen das `Alami-Haus und die angrenzende Arkade im Daraj-Viertel, eines der alten Stadttore in der Nähe der `Umari-Moschee und der Basha-Palast stark beschädigt wurden.

Auch das Hammam al-Samra aus osmanischer Zeit (Abbildung 13), das kürzlich restauriert wurde, sowie der öffentliche Brunnen Rifa`iyya aus osmanischer Zeit, der 1568 von Bahram ibn Mustafa Pascha erbaut wurde, wurden zerstört.

Das 1882 erbaute Baptisten- oder Ma`madani-Krankenhaus im Zeitoun-Viertel, das aus 13 Gebäuden besteht, wurde am 17. Oktober 2023 stark beschossen, was zu einem Massaker an wahrscheinlich 471 Patient*innen und deren Familienangehörigen führte. (Der 2. Teil dieses Beitrags folgt im Palästina Journal 22.)

HAMDAN TAHA leitet das Projekt „Palästinensische Geschichte und Kulturerbe“. Er war u.a. Generaldirektor der palästinensischen Antikenbehörde (1995–2004) und stellvertretender Minister des Ministeriums für Tourismus und Altertümer bis Ende 2014.

Übersetzung aus dem Englischen J.W.

Militarismus und Sinnkrise im zionistischen Israel

*Die USA sowie die EU drängen Israel, das Feuer im Gazastreifen einzustellen
Das zionistische Israel beharrt auf der Fortsetzung des Krieges. Woran liegt es?*

Israel steht vor einem echten Dilemma: Seit einigen Wochen steht die Regierung in Jerusalem unter massivem Druck der internationalen Staatengemeinschaft, den verheerenden Krieg gegen die Hamas in Gaza einzustellen. Sowohl die EU als auch die US-Regierung haben deutlich gemacht, dass ihre bedingungslose Unterstützung für den Krieg zu Ende geht. US-Präsident Joe Biden gab Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mehrfach zu verstehen, dass es an der Zeit sei, einen neuen Kurs in der Palästina-Politik einzuschlagen. Ausdrücklich sprach er von einem palästinensischen Staat als der nachhaltigen Lösung für den Nahostkonflikt. Andere Staaten haben mit dem Stopp ihrer Waffenlieferung an Israel Signale gesetzt, darunter Kanada, Belgien, die Niederlande und Italien. Großbritannien will ihnen folgen. Am 25. März hat sich sogar der Weltsicherheitsrat zu der Forderung nach einem Waffenstillstand durchgerungen. In den Monaten zuvor hatten immer die USA oder Russland und China eine gemeinsame Resolution blockiert.

Doch Israel besteht auf der Fortsetzung des Krieges. Im Sicherheitskabinett und im Militär herrscht Einigkeit darüber, dass das erklärte Kriegsziel, das Hamas-Regime endgültig zu stürzen, noch nicht erreicht sei und der Kampf daher fortgesetzt werden müsse. Israels Sicherheit sei nur durch die Vernichtung sämtlicher Kapazitäten der Hamas gewährleistet, so die zu Beginn des Krieges ausgegebene Militärdoktrin. Die israelische Armee bereitet sich daher darauf vor, ihre Angriffe mit Bodentruppen auch auf die südliche Stadt Rafah auszuweiten, die an der ägyptischen Grenze des Gazastreifens liegt und als letztes Rückzugsgebiet der Hamas gilt. Und dies, obwohl dort inzwischen 1.5 Millionen Flüchtlinge leben, welche infolge der israelischen Bombardements aus dem Norden vertrieben wurden.

ZIONISTISCHES ISRAEL AM TIEFPUNKT SEINER GESCHICHTE

Die Frage, ob das Militär dieses Ziel, die Hamas endgültig zu entmachten und ihr Regime in Gaza zu stürzen, überhaupt erreichen kann, sei an dieser Stelle dahingestellt. Entscheidend ist, dass der Vorwand des Hamas-Vernichtungsfeldzugs verheerende Folgen hat – nicht nur für die unmittelbar betroffenen Bewohner*innen Gazas, sondern weit darüber hinaus und letztendlich auch für Israel selbst: Während das Militär den ungefähr 365 Quadratkilometer großen Streifen in Schutt und Asche legt und praktisch unbewohnbar macht, dabei zehntausende Menschen tötet und abertausende verletzt, befindet sich das zionistische Israel am Tiefpunkt seiner Geschichte.

Tatsächlich erweist sich der Krieg im Gazastreifen fünf Monate nach dem verheerenden Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 als Katastrophe, auch für die Israelis: Die 136 noch verbliebenen israelischen Geiseln werden zur Trumpfkarte von Hamas, um u.a. ein Ende des Krieges zu erzwingen. Die Familien der Geiseln sind nach monatelangen Protesten für die Befreiung ihrer verschleppten Angehörigen am Rande ihrer Kräfte; ihr Zorn und ihre Verzweiflung richten sich gegen die Regierung Netanjahu, die ihrer Meinung nach nicht genug dafür tut, die Geiseln freizubekommen. In den letzten Tagen wuchsen die Demonstrationen, die nun ausdrücklich den Rücktritt des Regierungschefs fordern, wieder an.

Der Krieg selbst hat aber darüberhinausgehende Auswirkungen. Seit dem 7. Oktober 2023 sind ganze Regionen Israels nahezu entvölkert. Etwa 150.000 Israelis wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land, sowohl aus den Ortschaften rund um den Gazastreifen als auch an der Nordgrenze Israels. Dort wurden ganze Ortschaften evakuiert, nachdem die Hisbollah-Milizen im Libanon Israel mit Raketen und Granaten beschossen. Der Wiederaufbau der zerstörten Kibbuzim in der Nähe des Gazastreifens verzögert sich, die landwirtschaftlichen Betriebe sowohl im Norden als auch im Süden können nicht richtig arbeiten, die wirtschaftliche Tätigkeit ist praktisch eingestellt, der Tourismus, eine der zentralen Säulen der israelischen Wirtschaft, ist vollständig zum Erliegen gekommen. Vielleicht noch schmerzhafter für die



israelische Gesellschaft sind die Verluste durch den Krieg selbst: 250 Soldatenleben sind bisher zu beklagen, dazu kommen Tausende Verwundete. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung ist an einem Tiefpunkt angelangt. Mehr als das: Seit dem 7. Oktober befinden sich die Israelis in der denkbar tiefsten Sinnkrise: das zionistische Staatsprojekt selbst ist in akuter Gefahr.

DAS KLIMA IN ISRAEL

Verfolgt man die israelischen Medien, so lässt sich das Klima im Lande nach über fünfmonatigem Kampf mit den Worten des Haaretz-Kommentators Rogel Alpher zusammenfassen (Haaretz.co.il 21.3.2024):

„Die [israelischen] Nachrichten heutzutage zu verfolgen, ähnelt der Situation eines zum Tode Verurteilten, der den Galgen hinter den Gitterstäben seines Zellenfensters betrachtet. Die Schlinge des hängenden Seils ist genau auf die Größe des Halses dessen abgestimmt, was vom liberalen Lager übriggeblieben ist. [...]

Es wird immer deutlicher, dass der Krieg völlig gescheitert ist. Es wurde nichts erreicht. [...] Und Netanjahu zahlt dafür keinen Preis. Der Wahnsinn wurde zur Routine. Die Konfrontation mit den USA verschärft sich nur



noch. Die Evakuierten aus dem Norden sind nicht mal eine Schlagzeile wert. [...]

Unsere Sinne sind abgestumpft. Den Israelis bleibt nur noch die Tragödie. Eine weitere Tragödie für die Palästinenser. Alle Bemühungen, die Proteste [gegen die Justizreformen vor dem Krieg], die Versuche, die Worte – alles war vergebens.

Was bleibt am Horizont? Viel mehr Blut. Die Regierung und ihre Führer übernehmen keine Verantwortung [für den 7.10.], sie verweigern den Rücktritt, verweigern die Entschuldigung – all das löst ein schweres Gefühl der Hilflosigkeit aus. Wenn sich der Rauch auf dem Schlachtfeld lichtet und bereits verzogen hat, wird Netanjahu noch immer an der Macht sein, als ob nichts geschehen wäre.“

Und dennoch: wenn die säkularen bzw. liberalen Israelis nach dem 7. Oktober auf die Straßen gehen, um gegen Netanjahu und seine rechtsradikale Regierung zu demonstrieren, protestieren sie eben nicht gegen die Fortsetzung des Kriegs. Dies gilt auch für die Familien der nach Gaza Verschleppten. Diese protestieren zwar zunehmend verbittert gegen die Regierung und fordern einen vordringlichen Gefangenenaustausch, Israels Recht auf die Fortsetzung des Kriegs nach der Heimkehr der Gei-

seln stellen sie aber nicht in Frage. Dass ein Ende der Kriegshandlungen in Gaza und die Befreiung der Geiseln eng zusammenhängen, bleibt dezidiert ausgeblendet.

KEINE POLITISCHE SPRACHE GEGEN DEN KRIEG

Das Phänomen, dass es innenpolitisch kaum Opposition gegen Israels Sicherheits-, somit Kriegspolitik gibt, erklärt sich dadurch, dass das zionistische Israel zivil-militaristisch ausgeprägt ist. Der Kern des Zivilmilitarismus ist der Militarismus der Zivilgesellschaft, also die historisch gewachsene, weit verbreitete Auffassung, der militärische Weg sei unabwendbar, letztlich der effektive für die Staatsverteidigung und damit für die nationale Sicherheit. Mit dem Zivilmilitarismus gewinnen die staatlichen Eliten und das Militär die geradezu automatische Zustimmung der Gesellschaft für ihre Sicherheitspolitik, sowohl für die konkreten Kriege und militärischen Einsätze als auch für die allgemeine Kriegspolitik – von der Sicherheitsdoktrin der Abschreckung über die Politik der gezielten Tötung bis hin zu Geheimkriegen und Vernichtungsfeldzügen.

Die Konsequenz dieses israelischen Phänomens ist verheerend für die israelische Gesellschaft – gerade in der aktuellen Lage. Denn der Zivilmilitarismus bedeutet zugleich die Entpolitisierung der Sicher-

heitspolitik. Trotz ihrer verheerenden Bedeutung für beide Völker in Israel/Palästina wird sie kaum Gegenstand der öffentlichen Debatte. Die Entpolitisierung der Kriegspolitik geht mit der Entpolitisierung des Konfliktes einher. Tatsächlich ist es dem neozionistischen Langzeit-Premier Benjamin Netanjahu gelungen, die Palästina-Frage aus dem israelischen Diskurs zu verdrängen – wohl bis zum bösen Überraschungsangriff vom 7. Oktober 2023.

Die mit dem Zivilmilitarismus einhergehende Entpolitisierung bedeutet in letzter Konsequenz die Entmachtung der Gesellschaft gegenüber dem Staat und dem Militär. Dieses heikle Verhältnis zeigt sich gerade seit dem 7. Oktober in vollem Maße: Die israelische Gesellschaft war noch nie so machtlos und hilflos dem Staat und dem Militär ausgesetzt, nicht zuletzt deswegen, weil die Israelis keine politische Sprache gegen den Krieg finden. Ein Krieg, der nun nicht nur Israel auf internationalem Parkett zunehmend zu isolieren droht, sondern der auch die Zukunft des zionistischen Staatsprojektes an sich bedroht. Denn dieses geriet seit dem 7. Oktober in die tiefste Sinnkrise seiner Geschichte: Das Versagen der Sicherheitskräfte und der Regierung, den Hamas-Angriff auf Israel nicht verhindern zu haben, wird mit einem Rachezug des Militärs kompensiert, mit einem Feldzug, dessen erklärtes Ziel fragwürdig, da letztendlich entpolitisiert und zum Scheitern verurteilt ist. Selbst wenn die Hamas entmachtet ist, bleibt die für Israel sehr wohl relevante Palästina-Frage ungelöst.

Israels Dilemma ist also hausgemacht: Der israelische Militarismus führt direkt in die Sinnkrise des zionistischen Israel. Denn die Zukunft Israels kann sich nicht allein militärisch absichern lassen, schon gar nicht durch Vernichtungsfeldzüge gegen die unter Besatzung lebende Bevölkerung. Auch regelmäßige begrenzte militärische Einsätze erwiesen sich als trügerisch für die Abschreckung. Die israelische Sicherheitsdoktrin hat sich am 7. Oktober als nicht tauglich erwiesen, dennoch bleibt sie Grundsatz der Sicherheitspolitik. Der lange Krieg in Gaza wird das Debakel wohl kaum überwinden, vielmehr droht er, die israelische Gesellschaft zu zersetzen und noch stärker zu spalten, als sie es ohnehin ist. Einig ist sich die israelische Gesellschaft nur in einem: Sie unterstützt diesen Krieg, der schließlich nicht nur gegen eine politische Lösung für die Palästina-Frage geführt wird, sondern letztendlich auch gegen sie selbst.

TAMAR AMAR-DAHL

TAMAR AMAR-DAHL, Berlin, ist promovierte Historikerin.

Die israelisch-deutsche Autorin verfasste u.a.: **Der Sieg des Neozionismus. Israel im neuen Millennium** (2023); erschien auf Englisch mit dem Titel: **Israel's Neo-Zionist War Over Palestine: 1993–2021** (2024).

Aus der Gedankenwelt zweier rechtsradikaler Minister der israelischen Regierung

Bezalel Smotrich, Finanzminister und Minister für zivile Angelegenheiten in den besetzten Gebieten, und **Itamar Ben-Gvir**, Minister für öffentliche Sicherheit Israels, stehen in der Tradition der 1994 verbotenen faschistischen Kach-Partei. Verboten wurde sie, weil sie Terroranschläge gegen Palästinenser*innen plante. Der Attentäter, der am 25. Februar 1994 in der Abrahams-Moschee in Hebron 29 Palästinenser tötete, und der Mörder des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin sind dieser ideologischen Richtung zuzurechnen, die oft mit dem Ku-Klux-Klan verglichen wird.

ISRAELS RECHTSEXTREMER FINANZMINISTER SMOTRICH

sagte in einer Ansprache auf Hebräisch in Paris am 19. März 2023: „So etwas wie Palästinenser gibt es nicht, weil es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt.“ Und „Es gibt keine palästinensische Sprache. Es gibt keine palästinensische Geschichte.“ Diese „historische Wahrheit“ müsse von der ganzen Welt gehört werden, denn alles sei nur von „einigen Arabern erfunden worden, um die zionistische Bewegung zu bekämpfen“.

(dpa vom 21.3.2023 und news ORF.at)

„Das ist das Problem, wenn man es mit Mücken zu tun hat. Wenn man Mücken erschlägt, erwischt man vielleicht 99 von ihnen, aber die hundertste Mücke, die du nicht getötet hast, tötet dich.“

(Januar 2018 in einem Interview mit dem Radiosender der israelischen Armee über Palästinenser*innen)

2016 lag seine Frau im Krankenhaus und weigerte sich mit einer Araberin in einem Zimmer zu liegen, worauf Smotrich per Twitter erklärte: „Es ist nur natürlich, wenn sie nicht mit jemandem im Raum liegen will, deren Baby in 20 Jahren vielleicht ihr Baby ermordet.“

„Ich denke, das Dorf Huwara muss ausradiert werden. Ich denke, der Staat Israel muss dies tun – um Gottes Willen keine Privatleute“

(Bei einer Konferenz der Wirtschaftszeitung ‚The Marker‘ am 2.3.2023)

„Wenn in Gaza 100.000 oder 200.000 Araber leben und nicht zwei Millionen, sieht die ganze Debatte über den ‚Tag danach‘ hinaus anders aus“

(am 26.1.2024 zit. in einem Artikel in der IPG)

„Ich bin dafür, die Realität im Gazastreifen komplett zu ändern und eine – Diskussion über die Siedlungen dort zu führen“

(Frankfurter Rundschau 1.1.2024)

Ohne jüdische Siedlungen in Gaza werde „Israel in zehn oder 15 Jahren aufwachen und einen neuen 7. Oktober erleben“. Nur die jüdische Präsenz könne vor Terrorismus schützen, andernfalls werde es jeden Morgen „zwei Millionen Nazis geben, die uns vernichten wollen.“

(Kanal 14, 8.1.2024)

ITAMAR BEN-GVIR, MINISTER FÜR ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Das Gebot der Stunde sei eine Massenauswanderung der Palästinenser*innen und eine Erneuerung der israelischen Siedlungen im Gazastreifen, so Ben-Gvir (Evangelische Zeitung vom 8.1.2024)

„Der Krieg bietet eine Gelegenheit, die Migration der Bewohner des Gazastreifens gezielt zu forcieren“

(nach IPG vom 26.1.2024)

Nach einem provokativen Besuch des Tempelbergs sagte er: „Alle Drohungen der Hamas werden nichts helfen, wir sind der Hausherr in Jerusalem und auch im ganzen Land Israel“

(Der Standard vom 21.5.2023)

„Mein Recht, das Recht meiner Frau und meiner Kinder, sich in Judäa und Samaria zu bewegen, ist wichtiger als die Bewegungsfreiheit der Araber. Das Recht auf Leben kommt vor der Bewegungsfreiheit“

(Der Spiegel Ausland vom 25.8.2023)

Viele weitere Zitate führender israelischer Politiker*innen und Militärs findet man auch in der Klageschrift Südafrikas, die wegen des Verdachts auf Völkermord Israels vor dem Internationalen Gerichtshof vom 29. Dezember 2023 eingereicht wurde.

Zusammenstellung: DETLEF GRIESCHE

BUCH // KLAGE SÜDAFRIKAS GEGEN DEN STAAT ISRAEL

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech

Hrsg. Abraham Melzer
476 Seiten, 25 Euro, Books on Demand Norderstedt, 2024
ISBN 9783758373664



„Es braucht eine stärkere politische Zusammenarbeit von Kräften, die gegen die Besatzung und gegen die Hamas sind.“

Interview mit dem Leiter der Anne-Frank-Bildungsstätte in Frankfurt

Nazih Musharbash: Welche Veränderungen beobachten Sie nach dem 7. Oktober in Deutschland? Positives und Negatives?

Meron Mendel: Wir beobachten, dass die Lagerbildung in der Gesellschaft hier noch stärker wird. Es scheint, als müsse man sich entweder auf die eine oder andere Seite stellen: für die Hamas oder Netanyahu. Zugleich ist festzustellen, dass sich die Wenigsten mit der Geschichte und der aktuellen Situation in Israel und Palästina auseinandergesetzt haben. Ich habe in meinem Buch „Über Israel reden“ geschrieben: „Israelis und Palästinenser haben einen ähnlichen Sinn für Humor. Wir schmunzeln gerne über die Deutschen, eine Nation mit 80 Millionen Nahostexperten. Auch wenn wir es nur selten offen sagen, wissen wir es alle: Die leidenschaftlichsten Unterstützer der israelischen und der palästinensischen Sache leben in Deutschland – aber die meisten von ihnen haben nicht die leiseste Ahnung von der Situation vor Ort.“ Im Grunde genommen hat sich für mich diese Beobachtung nach dem 7. Oktober bestätigt.

Nazih Musharbash: Welche Lehren müssen aus dem 7. Oktober gezogen werden, damit nicht weitere Kriege folgen?

Meron Mendel: Wenn Fundamentalisten und Extremisten von beiden Seiten weiterhin den Ton angeben, dann werden weitere Kriege folgen. Sowohl die Hamas als auch die Netanyahu-Regierung haben kein Interesse an einer politischen Lösung des Konflikts. Insofern vertreten die Extremisten auf beiden Seiten die Vorstellung eines Israels bzw. Palästinas nach der Parole „from the river to the sea“. Der nächste Krieg lässt sich nur vermeiden, wenn sich die Kräfte durchsetzen, die für Kompromisse stehen.

Nazih Musharbash: Seit langem wehren sich friedfertige Palästinenser gewaltfrei gegen die Besatzung, z.B. im Rahmen von BDS. Welche Chancen für den gewaltfreien Widerstand sehen Sie zukünftig?



In seinem Buch „Über Israel reden“ ist Meron Mendel nicht nur Deutschland, sondern vielmehr Israel gegenüber sehr kritisch. Sowohl in der Einleitung als auch im Nachwort erklärt er, dass Israel immer mehr zu einer defekten Demokratie wird. Als Hauptgrund hierfür benennt er das Scheitern aller Versuche für einen Frieden mit den Palästinensern und die andauernde israelische Besatzung. Unzweideutig hält Mendel die amtierende israelische Regierung von Netanjahu mit den religiösen und politischen Extremisten für gefährlich, sogar für eine nationale Katastrophe.

Meron Mendel: Unter BDS-Unterstützern gab es viel Jubel nach dem Massaker vom 7.10. Insofern bin ich gar nicht sicher, ob die Bezeichnung „gewaltfrei“ für die gesamte Bewegung tatsächlich zutrifft. Jedenfalls plädiere ich für eine engere Zu-

“

sammenarbeit zwischen friedfertigen Palästinensern und friedfertigen Israelis. Dafür ist das Mittel von kulturellem und wissenschaftlichem Boykott kontraproduktiv. Damit werden die friedlichen Kräfte innerhalb der israelischen Gesellschaft und Politik geschwächt und die Extremisten gestärkt.

Nazih Musharbash: Zum Frieden gibt es keine Alternativen. Welche Voraussetzungen sehen Sie hierfür als unabdingbar?

Meron Mendel: Es ist die Zeit gekommen, dass die Weltgemeinschaft der palästinensischen Autonomie den Status eines Staates anerkennt. Auch wenn es erstmal ein symbolischer Schritt ist, wird er konkrete Bedeutung haben. Zum Beispiel in den internationalen Gremien und in der Anwendung des Völkerrechts. Die internationale Gemeinschaft soll stärker Extremisten auf beiden Seiten sanktionieren: sei es in Maßnahmen gegen jüdische Siedler oder in Sanktionen gegen die Hamas und des islamischen Djiha.

Nazih Musharbash: Die gegenseitigen Kenntnisse in der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft sind rudimentär. Der Schmerz und das Leid des Anderen werden nicht wahrgenommen. Wie soll das mittelfristig verändert werden?

Meron Mendel: In meiner Jugendzeit gab es noch relativ viele Projekte, in denen sich jüdische und palästinensische Jugendliche kennengelernt haben. Heute ist noch kaum etwas übrig davon. Die Vorurteile und die Angst von der anderen Seite sind enorm. Es braucht mehr Begegnung zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern. Und es braucht eine stärkere politische Zusammenarbeit von Kräften, die gegen die Besatzung und gegen die Hamas sind.

Nazih Musharbash: Vielen Dank für das Gespräch.

Deutschland trägt Mitverantwortung für die Verbrechen an den Palästinenser*innen

Deutschland verweist immer wieder auf seine geschichtliche Verantwortung und Freundschaft gegenüber Israel. Doch was für eine Freundschaft soll das denn sein? Das ist, wie wenn jemand seinem betrunkenen Freund auch noch die Autoschlüssel in die Hand drückt. Die Politik Deutschlands geht davon aus, dass es seine Schuld durch blinde Unterstützung Israels abgelten kann. Doch ein Unrecht lässt sich nicht mit einem anderen wiedergut- oder ungeschehen machen.

Dasselbe gilt auch für die jetzige Situation in Gaza. Das Massaker vom 7. Oktober rechtfertigt die Gräueltaten in Gaza nicht.

Während die überwältigende Mehrheit der Deutschen das Vorgehen Israels in Gaza verurteilt, hat die deutsche Politik den Vorwurf des Völkermordes gegenüber Israel abgewiesen – und das, noch bevor der Internationale Gerichtshof ein entsprechendes Urteil verkündet hat. Damit wird im Grunde impliziert, dass Deutschland ein solches Urteil nicht anerkennen, sondern sich darüber hinaus als Drittpartei auf die Seite Israels stellen wird.

Deutschland verabschiedet sich somit vom Internationalen Recht. Doch muss den deutschen Politikern klar sein, dass nicht nur derjenige, der Völkermord begeht, schuldig ist; auch diejenigen, die ihn nicht verhindern bzw. sogar unterstützen, machen sich mitschuldig und werden mit Konsequenzen zu rechnen haben. Ist es mit der Israelsolidarität in der deutschen Politik also schon so weit, dass man sich mehr Israel gegenüber verpflichtet fühlt als dem internationalen Recht oder der eigenen Bevölkerung?

Und nur zum Verständnis: Es ist naiv und illusorisch zu glauben, dass Israels Krieg in Gaza mit dem 7. Oktober, der Zerschlagung der Hamas, der Befreiung der Geiseln oder mit Selbstverteidigung zu tun hat. Mittlerweile machen viele hochrangige israelische Politiker gar keinen Hehl mehr daraus, dass das wirkliche Ziel in der Vertreibung der Palästinenser aus und der Ansiedlung von Juden im

Gazastreifen besteht. Das jetzige Vorgehen Israels in Rafah lässt gar keinen Zweifel mehr zu. Zudem dient dieser Krieg Netanyahu dazu, seine Machtposition in Israel zu erhalten und sich vor den gegen ihn geführten Prozessen zu drücken. Daher hat er überhaupt kein Interesse daran, den Krieg zeitnah zu beenden.

Es wäre zu wünschen, dass die Empörung deutscher Politiker über Israels Vorgehen gegen die Palästinenser genauso groß wäre wie die Empörung über Sätze wie „**From the River to the Sea**“. Es wäre schön, wenn deutsche Politiker sich für diplomatische und v.a. faire Lösungsansätze in Israel/Palästina einsetzen würden, statt legitime Kritik und Proteste gegen die Politik Israels als antisemitisch zu diffamieren und zu kriminalisieren.

Seit Jahren werden israelkritische Akteure mit hanebüchenen Anschuldigungen wie Antisemitismus überzogen und müssen mit gewaltigen Repressionen rechnen. Wie oft noch müssen deutsche Bürger Politiker vor das Gericht zerrren, damit diese sich einfach an geltendes Recht halten?

Genauso paradox ist es auch, hier gegen rechte Parteien auf die Straße zu gehen, während gleichzeitig der rechtsradikalen Regierung Israels, deren Minister sich teilweise selbst dazu bekennen, Faschisten zu sein, uneingeschränkte Solidarität zugesagt wird. Damit unterstützt Deutschland aber nicht den israelischen Staat, sondern lediglich dessen rechtsradikale Regierung, die nicht nur gegen die Palästinenser, sondern auch gegen jüdische israelische Demokraten vorgeht, und versucht, eine rechte Diktatur in Israel zu etablieren.

In der deutschen Politik hat sich eine Mentalität breit gemacht, die auf Konfrontation und Krieg setzt und Diplomatie als Schwäche ansieht. Deutsche Politiker scheinen sich als Handlanger pro-israelischer Lobbyisten zu verstehen. In Israelbelangen folgt die deutsche Politik kritiklos den Direktiven des Zentralrats der Juden, der sich wohl als Botschaft Israels definiert.

Nur die Minderheit der Juden in Deutschland wird vom Zentralrat bzw. den jüdischen Gemeinden vertreten. Dennoch finden jüdische Stimmen, die von der des Zentralrats und Frau Knobloch abweichen, kein Gehör – im Gegenteil, auch sie werden als antisemitisch diffamiert und müssen mit Repressionen rechnen.

Außenministerin Baerbock sagte einmal in Bezug auf ihre Versprechen an die Ukraine „**No matter what the German voters think**“ – diese Auffassung beschreibt leider mittlerweile die gesamte deutsche Politik – besonders offensichtlich jedoch im Hinblick auf die Politik Israels. Man wähnt sich in vermeintlicher Sicherheit gegen den Antisemitismusvorwurf, wenn man blind die Politik Israels unterstützt. Damit macht es sich Deutschland aber sehr leicht und merkt dabei nicht, wie es selbst immer mehr den Boden der Rechtsstaatlichkeit verliert.

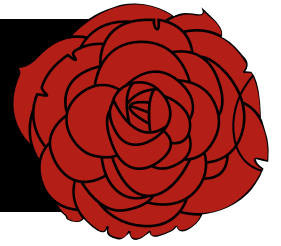
Die Situation im Nahen Osten wäre nie so weit gekommen, wenn Israel klare Grenzen aufgezeigt worden wären. Wo liegt denn aber für deutsche Politiker die Grenze? Deutschland trägt eine große Mitverantwortung für die Verbrechen an den Palästinensern, indem es alles, was Israel tut, rechtfertigt, wenn nicht sogar unterstützt. Dagegen müssen wir vorgehen. Denn – wie Bertold Brecht es einmal gesagt hat: „**Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht!**“

SHELLY STEINBERG

Mitglied der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München

YouTube-Link zur gesamten Rede von Shelly Steinberg auf der AntiSiko-Demo, 17.02.2024 München
<https://www.youtube.com/watch?v=vWTsNas5N7Q&t=2300s>

Weltweite Solidarität



PALÄSTINA STOPP DER MILITÄROFFENSIVE GEFORDERT

【】 Das Palästinensische Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen (PNGO) und der Palästinensische Rat der Menschenrechtsorganisationen (PHROC), die zusammen 133 palästinensische Organisationen der Zivilgesellschaft vereinen, haben den Dringlichkeits-Antrag Südafrikas an den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag Mitte Mai begrüßt. Dieser will Änderung und vorläufige Maßnahmen aufgrund des anhaltenden militärischen Angriffs Israels auf Rafah und der sich rapide verschlechternden humanitären Lage im gesamten Gazastreifen. **„In Anbetracht der extremen Verschlechterung der Lage, über 35.000 getötete Palästinenser und weitere 10.000 vermisst und vermutlich tot unter den Trümmern, der Vertriebenen, die im zerstörten und belagerten Gaza-Streifen eingesperrt, absichtlich ausgehungert, gezielt in ihren Unterkünften und Krankenhäusern getötet, und systematisch zu Hause durch israelische Software mit künstlicher Intelligenz zum Ziel werden, ist eine vollständige Beendigung der völkermörderischen Militäroffensive Israels in Gaza dringend erforderlich.“**

<https://www.pngo.net/en>

DOPPELMORAL DER EUROPÄISCHEN FÜHRUNG ANGEPRANGERT.

【】 Palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dringend aufgefordert, von Israel zu verlangen, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, seine gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen, einschließlich des Einsatzes von weißem Phosphor, einzustellen, alle Formen der kollektiven Bestrafung zu beenden, die seit 16 Jahren andauernde illegale Abriegelung und Blockade des Gazastreifens aufzuheben und die Evakuierungsbefehle für über eine Million Palästinenser zurückzunehmen. Als absolutes Minimum müsse die EU Druck auf Israel ausüben, um den freien Durchgang von humanitären Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu ermöglichen, damit die für das Überleben der Bevölkerung notwendigen Güter, einschließlich Lebensmittel, Wasser und Medikamente, sofort geliefert werden können.

Am 19. Oktober 2022 sagte von der Leyen in einer Rede vor dem Europäischen Parlament: **„Russ-**

lands Angriffe auf die zivile Infrastruktur, insbesondere die Stromversorgung, sind Kriegsverbrechen. Gezielte Angriffe auf die zivile Infrastruktur, mit dem klaren Ziel, Männer, Frauen, Kinder vor dem Winter von Wasser, Strom und Heizung abzuschneiden – das sind Akte des puren Terrors. Und wir müssen sie als solche bezeichnen.“ Ähnliche Erklärungen wurden nicht abgegeben, wenn es darum ging, dass Israel den Gazastreifen von Strom, Lebensmitteln, Wasser, Treibstoff und Medikamenten abschneidet. Diese krasse Diskrepanz unterstreicht die beschämende Doppelmoral der europäischen Führung, die das Leben der Palästinenser anscheinend als zweitklassig betrachtet und damit die Apartheid-Realität festigt. <https://www.saintyves.org/news/eu-leadership-must-put-an-end-to-its-double-standards-and-complicity-in-israel-s-crimes-against-the-palestinian-people.html>

WEINBERG „TENT OF NATIONS“ BITTET DRINGEND UM UNTERSTÜTZUNG



【】 Während alle Augen auf den Gazastreifen gerichtet sind, wird immer mehr palästinensisches Land im Westjordanland enteignet. Seit 1991 verhindert die Familie Nassar, dass ihr Weinberg „Tent of Nations“, das sich im Gebiet C des besetzten Westjordanlandes in Palästina befindet, beschlagnahmt wird. **„Am 13.3.24 begannen die Israelis plötzlich, eine Straße auf unserem Privatgrundstück zu bauen. Unser Anwalt hat gegen diesen Straßenbau Einspruch eingelegt. Unser Land darf nicht angetastet werden, solange wir das Verfahren zur Neuregistrierung durchlaufen, wie der Oberste Gerichtshof Israels entschieden hat. Am 21.3.24 wurde mit dem Bau einer 2. Straße begonnen, die, wenn sie fortgesetzt wird, in unser Land eindringen würde. Wie andere palästinensische Landwirte sind auch**

wir mit zusätzlichen Beschränkungen beim Zugang zu unserem Land und zunehmenden Einschüchterungen und Schikanen durch israelische Soldaten und Siedler konfrontiert, wenn wir versuchen, unser Land zu bewirtschaften.“

Fast täglich hindern israelischen Soldaten die Familie an der Arbeit.

„Unser Eigentum an unserem Land ist eindeutig und gut dokumentiert. Die derzeitige Situation und der neue Straßenbau machen es umso dringlicher, dass diese Verzögerungen ein Ende haben und ein gerechtes Ergebnis für unsere Familie erzielt wird, d.h. der Abschluss des Neuregistrierungsverfahrens, mit dem unser Eigentum an all unserem Land anerkannt wird. Wir bitten Ihre Regierung, sich für die Beendigung dieser gefährlichen Situation einzusetzen. 1. Unser Eigentum an all unserem Land, wie es in unseren Neuregistrierungsfällen Nr. 3714/2 und 3715/2 festgelegt ist, muss bestätigt und die Neuregistrierung sofort abgeschlossen werden. 2. Der Straßenbau und alle anderen Beschädigungen u. unbefugten Eingriffe in unser Privateigentum müssen eingestellt werden. 3. Die Behinderung unseres Zugangs zu unserem Land sowie die Einschüchterung und Belästigung – sei es durch israelische Soldaten oder Siedler – müssen aufhören.“

Daoud Nassar: Director of the Tent of Nations, dnassar@tentofnations.org

DEUTSCHLAND DEMONSTRATIONEN



【】 Das Verwaltungsgericht Köln hat am 1.12.2023 die Parole „Stoppt den Genozid in Gaza“ erlaubt. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass bei Demonstrationen in Bonn die Entfernung dieser Parole von den jeweiligen Einsatzleitern verlangt wird.

KLAGE GEGEN BUNDESREGIERUNG WEGEN WAFFENEXPORTEN

[] Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) hat am 12 April eine Klage beim Verwaltungsgericht Berlin gegen die Bundesregierung wegen der Kriegswaffenexporte nach Israel eingereicht. Ziel ist es, die von der deutschen Regierung erteilten Exportgenehmigungen für Waffenlieferungen nach Israel aufzuheben. **„Unsere Klage reichen wir im Namen von fünf im Gazastreifen lebenden Palästinensern ein, deren Familienangehörige bei israelischen Raketenangriffen getötet wurden.“** Einer der Kläger erklärte in einer eidesstattlichen Versicherung: **„Ich habe die meisten meiner Verwandten verloren. Ich habe auch mein Haus verloren und bin obdachlos. Bewohnte Gebiete und öffentliche Einrichtungen werden überall wahllos und intensiv bombardiert. Es gibt keinen sicheren Ort in Gaza, und ich habe das Gefühl, dass mein Leben wegen der israelischen Militäroperationen ständig in Gefahr ist.“**

„Völkerrecht und Menschenrechte sind fundamental“, sagte ECCHR-Generalsekretär Wolfgang Kaleck. **„Eine Grundvoraussetzung für eine regelbasierte und menschenrechtsorientierte deutsche Außenpolitik ist die Achtung des Rechts in der eigenen Entscheidungsfindung. Deutschland kann seinen Werten nicht treu bleiben, wenn es Waffen in einen Krieg exportiert, in dem schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht offensichtlich sind.“**

Deutschland hat 2023 eine Genehmigung für die Ausfuhr von 3.000 Panzerabwehrwaffen nach Israel erteilt, der Antrag für 10.000 Schuss 120-mm-Präzisionsmunition für israelische Panzer ist noch nicht entschieden. Eine große Anzahl anderer Komponenten, wie Motoren für Panzer, wurden ebenfalls genehmigt und exportiert, so dass Deutschland nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant für Israel ist.

<https://www.ecchr.eu/>

INTERNATIONALER PALÄSTINA-KONGRESS AUFGELÖST

[] Schon im Vorfeld gab es eifrige Hetze gegen den Palästina-Kongress vom 12.–14. April in Berlin. Er wurde als Treffen von „Israelhassern“, Antisemiten und Islamisten bezeichnet. Auch ein Verbot wurde erwogen, was vermutlich juristisch nicht durchsetzbar war. Dem Unternehmen, das den Saal zur Verfügung stellte, der erst am 12. April bekannt gemacht wurde, flatterten unflätige Drohungen ins Haus. Der Berliner Senat wollte den Kongress mit allen Mitteln verhindern. Der Gipfel war die Kündigung und Sperrung des Kontos der Jüdischen Stimme für einen gerech-

ten Frieden in Nahost, dem Hauptorganisator des Kongresses, durch die Berliner Sparkasse. Die einbezahlten Eintrittsgelder und Spenden waren eingefroren.

Die Kontensperrung halte ich für antisemitisch, genauso wie die polizeiliche Abführung jüdischer Friedensaktivisten, die ein Schild „Juden gegen Genozid“ trugen. Und ist das Verbot der hebräischen Sprache auf dem Protestcamp der Palästina-Solidaritätsbewegung in der Nähe des Bundestags, das Tage später aufgelöst wurde, nicht auch antisemitisch?

Im Ausland haben die Auflösung des Kongresses durch 2500 Polizisten, die Einreise- und Redeverbote sowie die Diffamierung jüdischer Friedensaktivisten als „Antisemiten“ Abscheu ausgelöst. Jetzt erscheinen zumindest einige kritische Artikel in deutschen Zeitungen. Fabian Scheidler warnt in der Berliner Zeitung vor einem **„gefährlichen Konfrontationskurs im Verhältnis zur Meinungsfreiheit“** und begründet das mit der deutschen Israel-Politik. UN-Sonderberichtstersterin für die besetzten palästinensischen Gebiete Francesca Albanese sagte: **„Deutschland bringt selbst Israelis und jüdische Menschen zum Schweigen, die sich öffentlich gegen Israels Politik positionieren. Anstatt Israel mit den gleichen Maßstäben zu messen wie andere Länder, lässt man die Regierung ungestraft weitermachen.“**

Es muss allerdings daran erinnert werden, dass die Diffamierungen und Hetze gegen Veranstaltungen über Palästina/Israel nicht neu sind. Bereits 2017 hat die Autorin zusammen mit Günter Rath eine Broschüre „Meinungsfreiheit bedroht? Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Kampagnen der sogenannten ‚Freunde Israels‘“ veröffentlicht, in der 71 Veranstaltungen in den Jahren 2012 bis 2017 aufgelistet sind, die behindert, verschoben oder abgesagt werden mussten.

Neben Yanis Varoufakis wurde auch ein Einreiseverbot für den weltweit renommierten britisch-palästinensischen Chirurg und Rektor der Universität Glasgow Dr. Ghassan Abu-Sitta ausgesprochen. Er hat seit dem 10. Oktober 2023 43 Tage im Shifa-Krankenhaus in Gaza Stadt und im Ahli-Krankenhaus gearbeitet. Das Ahli-Krankenhaus ist das älteste Krankenhaus im Gazastreifen, das heute vom Ökumenischen Rat der Kirchen zusammen mit der Anglikanischen Kirche geleitet wird. Dr. Ghassan sollte auf dem Palästina-Kongress über seine Erfahrungen über das Töten in Gaza berichten. Das haben die deutschen Behörden verhindert, denn sie wollen keine Zeugenaussagen, die belegen, dass in Gaza ein Völkermord stattfindet. Dr. Abu Sitta kommentiert das so: **„Sie begraben die Beweise und sie bringen die Zeugen zum Schweigen, verfolgen sie oder schüchtern sie ein.“** Dann verweist er auf Hannah Arendt, die 1958 in ihrem ersten Vortrag, den sie in Deutsch-

land nach dem Zweiten Weltkrieg gehalten habe, sagte, man vermenschliche das Geschehen in der Welt und das, was in den Menschen selbst vor sich gehe, indem man darüber spreche. **„Und indem wir darüber sprechen, lernen wir, menschlich zu sein.“**

Fazit: Solange die USA und Deutschland Israel unterstützen, wird es keinen Frieden geben. Das wurde nach der Bewilligung des 26-Milliarden-US-Dollar-Pakets der USA sehr deutlich. Kurz darauf wurde Rafah bombardiert, 18 Kinder und vier Erwachsene kamen dabei ums Leben. Man könnte denken, dass die Botschaft an die Israelis lautete: **Macht ruhig weiter, wir unterstützen euch auch weiterhin. Eine moralische und politische Bankrotterklärung!**

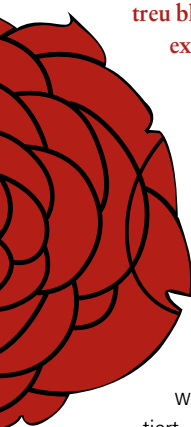
ANNETTE GROTH

BEAMTE FORDERN EINSTELLUNG DER WAFFENLIEFERUNGEN

[] Am 7. April 2024 haben 600 Bundesbeamte einen Aufruf lanciert, in dem sie die Bundesregierung auffordern, die Waffenlieferungen an Israel umgehend einzustellen. Aus Angst vor beruflichen Nachteilen bleiben sie anonym. Ein leitender Angestellter spricht von einem **„Klima der Angst“** innerhalb der Behörden und Ministerien, wie er es **„in 15 Jahren noch nie erlebt“** habe. Israel begehe in Gaza **„Verbrechen, die in klarem Widerspruch zum Völkerrecht und damit zum Grundgesetz stehen, an das wir als Bundesbeamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes gebunden sind“**.

Es sei **„unsere Pflicht als Beschäftigte des Bundes“**, heißt es in der Erklärung, **„daran zu erinnern, dass die Bundesregierung strikt die Verfassung und das Völkerrecht zu beachten hat“**. Darin wird die Bundesregierung auch aufgefordert, die Zahlungen an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) zu verlängern und sich **„aktiv und entschlossen für die Anerkennung eines palästinensischen Staates“** in den international anerkannten Grenzen von 1967 einzusetzen.

Die Beamten beziehen sich auch auf die **„Erklärung der transatlantischen Beamtinnen zu Gaza: Es ist unsere Pflicht, uns zu äußern, wenn die Politik unserer Regierungen falsch ist“**, veröffentlicht am 2. Februar 2024, welche allerdings in Deutschland kaum Beachtung fand. Mehr als 800 Regierungsbeamte in den Vereinigten Staaten und Europa kritisieren die „Führer ihrer Länder“ für die bedingungslose militärische und politische Unterstützung Israels. Die Autoren des Briefes, die ebenso wie die deutschen Beamten anonym unterschrieben, schrieben, dass ihre Versuche, intern Bedenken hinsichtlich der Unterstützung ihrer Regierungen für Israels Angriff auf Gaza zu äußern, **„durch politische und ideologische Erwägungen außer Kraft gesetzt wurden“**.



GROSSBRITANNIEN BOYCOTT-GESETZ ABGEWENDET



Die Palästina Solidarität GB verzeichnet einen großen Erfolg. Der Anti-Boycott-Gesetzentwurf, der öffentliche Einrichtungen daran hindern sollte, ethische Investitions- und Ausgabenentscheidungen zu treffen, indem sie u. a. ihre Verbindungen zu Unternehmen, die an der israelischen Besatzung und Apartheid beteiligt sind, abbrechen, wird nicht in Kraft treten. Jetzt, da der Anti-Boycott-Gesetzentwurf abgelehnt wurde, soll die Kampagne für öffentliche Einrichtungen, einschließlich Universitäten und Stadtverwaltungen, verstärkt werden, damit diese ihre Verbindungen zu Unternehmen beenden, die Israels Angriff auf die Palästinenser im Gazastreifen unterstützen.

NEUSEELAND



Maori fordern die Regierung von Neuseeland auf:

1. Einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern und den israelischen Botschafter auszuweisen, bis diese Forderung erfüllt ist.
2. Wirtschaftssanktionen gegen Unternehmen, Vermögenswerte und Dienstleistungen zu verhängen, die in den illegalen Angriffskrieg Israels verwickelt sind.
3. Den Staat Palästina anzuerkennen, so wie wir 1949 die Nation Israel anerkannt haben.
4. Ein Ende der Besatzung, der Blockade und der fortgesetzten Konfiszierung palästinensischen Landes zu fordern.

ISRAEL ISRAELISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Die israelische Friedensbewegung hat im März 2024 vor der US-Botschaft in Tel Aviv demonstriert mit der Forderung nach Anerkennung des Staates Palästina – Staat jetzt!

„Eine politische Einigung wird letztlich zur Beendigung des Konflikts führen

Ein politisches Abkommen wird echte Sicherheit und eine Zukunft voller Hoffnung für alle schaffen.

Eine politische Einigung wird es den Entführten ermöglichen, nach Hause zurückzukehren.

Eine politische Einigung wird die Hamas überwältigen.

Eine politische Einigung wird die Sicherheit gewährleisten.“

GUSH SHALOM, November 2023

„Wählen Sie zwischen dem Weg zum ewigen Krieg und dem Weg zum Leben!“

FRAUEN KÄMPFEN FÜR DEN FRIEDEN,
ZUSAMMENSTEHEN, Februar 2024

„Schluss mit „Überlegungen“ –
Palästina jetzt anerkennen!“

März 2024

EUROPA

Die Rechtshilfe ELSC bittet um Unterstützung. „Seit dem 7. Oktober haben wir allein in den ersten sieben Wochen über 390 neue Fälle registriert, darunter Verhaftungen bei Palästina-Solidaritätsprotesten, gewalttätige Übergriffe gegen Palästinenser und Verbündete, Zensur, Suspendierung von der Universität, Entlassungen am Arbeitsplatz, Hausbesuche durch die Polizei und Bedrohungen des Aufenthaltsstatus. Wir setzen alles daran, diese rassistischen Angriffe zu überwachen, die ungesetzlichen Angriffe auf Palästina-Befürworter aufzudecken, unser juristisches Netzwerk auszubauen und die rechtliche Unterstützung zu koordinieren.“

<https://elsc.support/>

INTERNATIONAL FREIHEITSFLOTTILLE 2024

Die Freedom Flotilla Coalition hat als Reaktion auf die brutalen Übergriffe der letzten 16 Jahre für 2024 zwei separate Missionen beschlossen.



Bei der ersten handelt es sich um eine humanitäre Soforthilfemission zur Lieferung von Lebensmitteln, medizinischen Hilfsgütern und anderen Gütern, die zum Überleben dringend benötigt werden. Die zweite ist die 2024 stattfindende Wiederholung der Initiative „Für die Kinder von Gaza“, die 2023 mit Bildungs- und Solidaritätsaktionen in ganz Nordeuropa ins Leben gerufen wurde.

„Mehrere Schiffe werden mit 5000 Tonnen humanitärer Hilfe und Hunderten von internationalen Menschenrechtsbeobachtern an Bord nach Gaza fahren. Es handelt sich um eine Notfallmission, denn die Lage im Gazastreifen ist katastrophal, da die israelische Regierung die palästinensische Bevölkerung absichtlich aushungert. Die Zeit drängt, denn Experten sagen voraus, dass Hunger und Krankheiten mehr Menschenleben fordern könnten als die Bombardierung.“

Am 30. Mai wird das Schiff „Handala“ der Freedom Flotilla Coalition an der London Bridge auf der Themse zu begrüßt. Nach dem Besuch von Häfen in Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden setzt die „Handala“ ihre Reise fort, um Israels illegale Seeblockade des Gazastreifens physisch zu bekämpfen. Drei weitere Schiffe der Freedom Flotilla Coalition befinden sich im östlichen Mittelmeer und bereiten sich darauf vor, mit Hunderten von Menschenrechtsbeobachtern und 5.500 Tonnen humanitärer Hilfe nach Gaza zu fahren.

„Wir sind empört darüber, dass so viele Regierungen das palästinensische Volk nicht vor Israels völkermörderischen Handlungen schützen, einschließlich der Hungersnot, die sie mehr als zwei Millionen Menschen auferlegt haben, und deshalb müssen wir lossegeln, um die Belagerung zu beenden“, sagte Zaher Birawi, Mitglied des Lenkungsausschusses der Freedom Flotilla Coalition (FFC).

Die FFC ist ein überparteilicher internationaler Zusammenschluss von Kampagnen, die sich für Freiheit und Menschenrechte einsetzen. Gesegelt wird seit 2010 mit dem Ziel, die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen, in Solidarität mit den Schreien der Palästinenser nach Freiheit und Gleichheit. „Mit unseren gewaltfreien direkten Aktionen setzen wir uns für die Würde und Menschlichkeit der Palästinenserinnen

und Palästinenser ein und arbeiten mit Partnern aus der Zivilgesellschaft zusammen, nicht mit einer Partei, Fraktion oder Regierung.“

Hintergrundinformationen unter

freedomflotilla.org

MEDIENEMPFEHLUNGEN



BUCH // EIN ABSOLUTES MUSS

【】 Rashid Khalidi, ein US-amerikanisch-palästinensischer Historiker, Nachfolger von Edward Said an der Columbia Universität, gilt zu Recht als der bedeutendste arabische Nahost-Historiker unserer Zeit. Endlich erscheint dieses wichtige Buch in deutscher Sprache. Es beleuchtet den Nahostkonflikt auf bisher einzigartige Weise, zumal nicht nur die Sicht eines Akademikers, sondern auch die eigene Lebensgeschichte des Autors einfließt. Das Buch beginnt mit einem Zitat aus einem Brief, den der Bürgermeister von Jerusalem, Yusuf Diya al-Khalidi, der Groß-Großneffe des Autors, 1889 an Theodor Herzl aus Beunruhigung schrieb. Das Land habe eine einheimische Bevölkerung, die ihre Vertreibung nicht akzeptieren würde. „In Gottes

Namen lasst Palästina in Frieden“. Das Buch, hervorragend recherchiert, legt in faszinierender und einzigartiger Weise die Geschichte seit der osmanischen und britischen Herrschaftszeit und den Charakter der arabischen Gesellschaft dar. Vor diesem Hintergrund führt Khalidi in erhellender und tiefgründiger Weise die systemischen Folgen der zunehmenden Zuwanderung jüdischer „Siedler“ aus. Für alle, die wirklich verstehen wollen, welche Gründe und Dimensionen dieser scheinbar unlösbare Konflikt seit über 100 Jahren hat, ein absolutes Muss!

DETLEF GRIESCHE

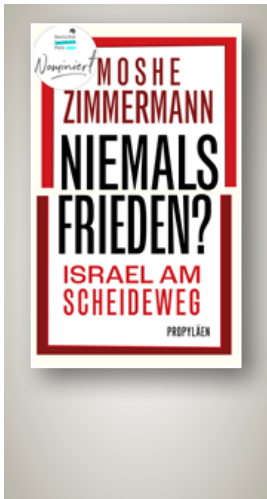
Rashid Khalidi: **Der Hundertjährige Krieg In Palästina**
Unionsverlag Zürich, 2024, 384 Seiten, € 19,99

FOTO-AUSSTELLUNG // „SKATEBOARDEN IN GAZA“

【】 Skateboarden hilft jungen Menschen, besonders in Krisenregionen, Selbstvertrauen aufzubauen. Die Jugendlichen lernen, nach einem Sturz wieder aufzustehen, sich gegenseitig zu helfen und sich den Herausforderungen ihrer Umgebung zu stellen. Die Ausstellung präsentiert Fotografien von Mädchen und Jungen, die auf den Straßen Gazas mit Skateboards unterwegs sind. Die Fotoausstellung mit Bildern palästinensischer Fotograf:innen wurde von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und dem Network of Photographers for Palestine organisiert und bereits mehrfach ausgestellt. Die Ausstellung kann kombiniert werden mit einem Workshop für Jugendliche, bei dem Titus Dittmann und Ursula Mindermann, Vize-Präsidentin der DPG e.V., aus erster Hand berichten, wie das Skateboarden Jugendlichen in Krisengebieten bei der Bewältigung ihres Alltags lebenswichtige Impulse geben kann.



KONTAKT: Ursula Mindermann, DPG-Vizepräsidentin, Mindermann@dpj-netz.de



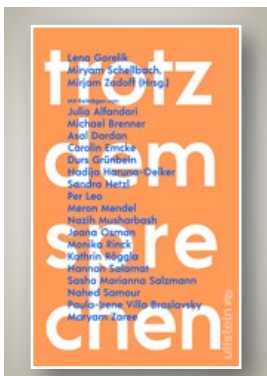
BUCH // EMPFEHLENSWERTE LEKTÜRE

【】 Von Generation zu Generation wird der Krieg in Palästina weitergetragen. Nach der jüngsten und schlimmsten Eskalation durch den Terrorangriff der Hamas macht sich Hoffnungslosigkeit breit: Wird das immer so weitergehen? Nein, sagt der große liberale Historiker Moshe Zimmermann. Schonungslos – und nicht ohne Bitterkeit – benennt er die Schuldigen an der Katastrophe: Da ist die Hamas, die Gewalt als einziges Mittel der Politik sieht und Israel auslöschen will. Da sind aber auch die jüdischen Siedler, die alle Israelis in Mithaftung nehmen für ihre radikale Politik, die Land und Leben der Palästinenser bedroht. Und da ist die rechte Regierung in Israel, die den Konflikt schürt, statt ihn zu dämpfen.

Daraus folgt, so Zimmermann, als Weg zur Lösung: Abkehr von der Siedlungspolitik, Abkehr von der bisherigen Politik in Gaza, Abkehr vom Islamismus, Hinwendung zur Zweistaatenlösung, verstärkte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Juden und Araber müssen Palästina, diesen kleinen Streifen Land, untereinander aufteilen und miteinander leben – oder sie werden miteinander sterben. – Eine sehr empfehlenswerte Lektüre; kurz, knapp und kenntnisreich.

GERHARD DILSCHNEIDER

Moshe Zimmermann
„Niemals Frieden – Israel am Scheideweg“
Propyläen-Verlag, Hardcover, 192 Seiten, 2024, € 16,00



BUCH // GREIFBARE UTOPIE

【】 Der Sammelband „trotzdem sprechen“ will der seit dem 7. Oktober 2023 selbstauferlegten und vom Mainstream vorgegebenen Sprachlosigkeit und den wahrnehmbaren Grabenkämpfen, sowie der drastischen Polarisierung im deutschen Diskurs, entgegenwirken. Welchen Mut, welche Kraft und Toleranz für Ambiguität und Streit können wir, müssen wir gar, aufwenden, um die Logik der Verhärtung auf der Seite derer, die unsere Welt zu einer besseren machen möchten, zu stoppen? Die hier versammelten Autor:innen hal-

ten am Austausch fest, so schwierig er sein mag. Nachdenklich, mit unverstelltem Schmerz und ungebrochenem Willen zum wechselseitigen Abwägen sprechen sie trotzdem miteinander. Dieser Band ist die greifbarste Utopie unserer Tage.

Lena Gorelik, Miryam Schellbach, Mirjam Zadoff (Hrsg.)
„Trotzdem sprechen“ Mit Beiträgen von Carolin Emcke, Nazih Musharbash, Maryam Zaree, Kathrin Rüggele u.v.a.
Hardcover und E-Book, 224 Seiten, Ullstein Verlag, 2024, € 22,00

FILM // JAFFA ORANGEN

■ Eyal Sivan's abendfüllender Dokumentarfilm über die Geschichte der Stadt Jaffa, erzählt anhand der Orangenmarke, war am ersten Märzwochenende beim Palestine Arts Festival in Zürich zu sehen.

Anhand von einzigartig komponiertem Archivmaterial spürt Eyal Sivan in ‚Jaffa, The Orange's Clockwork‘ der Orangen-Marke nach. Er zeigt israelischen und palästinensischen Intellektuellen und Mitarbeitern der Zitrusindustrie alte Fotos, frühe Filmaufnahmen, Werbefilme und –plakate, politische Poster sowie Malerei rund um die Frucht. Sie erinnern, reflektieren und analysieren am Beispiel der Jaffa-Orangen ihre eigene Geschichte und die ihres Landes. Die unterschiedlichen, sich ergänzenden Narrative brechen Mythen und schreiben eine Geschichte jenseits nationalistischer Historiographie. Gleichzeitig zeigt die visuelle Selbstdarstellung der zionistischen Marke „Jaffa“ die systematische Schaffung einer Legende.



Eyal Sivan, IL/D/F/B 2009, 88 min, Hebr./Arab./Engl./Franz. mit dt. UT

Filmausleihe über: info@mecfilm.de // mec film ist eine Verleih- und Vertriebsfirma für Filme von arabischen Regisseurinnen und Regisseuren.

BUCH // VERDRÄNGTE ERINNERUNG

■ Die Autorin verdeutlicht am Beispiel des Stadtteils Wadi Salib in Haifa in Romanform den Prozess ethnischer Säuberung und die Vernichtung von Identitäten. Schon während der Kämpfe 1948 wurden muslimische Stadtteile Haifas von der Hagana erobert. Die palästinensische Bevölkerung, ursprünglich 65.000, die dort friedlich neben jüdischen Einwohnern lebten, wurden vertrieben oder flüchteten bis auf einen Rest von ca. 3500. In Häuser der geflüchteten palästinensischen Einwohner wurden jüdische Flüchtlinge aus Marokko einquartiert und lebten inmitten des Mobiliars der Hals über Kopf geflüchteten palästinensischen Bewohner. 1959 kam es zu innerjüdischen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Immigranten aus arabischen Ländern und den aschkenasischen

europäisch orientierten Juden. Der Roman beschreibt exemplarisch „für viele Orte in Israel“, in welcher kurzer Zeit von dem intakten palästinensischen Leben dann nichts mehr zu spüren war und die palästinensische Identität vernichtet worden war. Heute liegt der Stadtteil wie eine Ruinenstätte inmitten von Haifa. Dieses Buch möchte der „Neigung der Majorität der Gesellschaft, die Katastrophe der arabischen Minderheit von 1948 der Vergessenheit anheim fallen zu lassen, der ‚Amnesie‘ etwas entgegensetzen“.

DETLEF GRIESCHE



Yfaat Weiss: **Verdrängte Nachbarn – Wadi Salib – Haifas enteignete Erinnerung**
Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH
286 Seiten, gebunden, 2012, € 25,00

BUCH // GESICHTER DER HAMAS

■ Croitoru beschreibt die Geschichte der „Islamischen Widerstandsbewegung“, die 1987 aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen ist und 2007 gewaltsam die Macht in Gaza übernommen hat. Er erläutert die unterschiedlichen Gesichter der Hamas als Wohltätigkeitsorganisation, Regierungspartei und Terrorgruppe und zeigt, wie die palästinensische Bevölkerung letztlich von der Isolations-Politik der rassistischen Netanjahu-Regierung in die Arme der Hamas getrieben wird. Ausgespart bleiben Ausführungen, dass Netanyahu und der Likud die Hamas als Gegenpol zur Schwächung der Palästinensischen Autonomie-Regierung in Ramallah, der Fatah und der PLO angesehen hat, um letztlich eine Zweistaaten-Lösung zu verhindern. Israel kann mit seinem schon monatelang anhaltenden massiven Vernichtungskrieg

die Herrschaft der Hamas über Gaza beenden, doch ob das auch das Ende der Hamas sein wird, bleibt fraglich. Eine Antwort könnte allerdings die Erfahrung mit ähnlich gelagerten Strategien geben, wie sie u. a. die renommierte Zukunftsforscherin und Beraterin in Militärstrategien Florence Gaub gibt: Die Organisationen können zerschlagen werden, aber die Ideen und Überzeugungen einer Bewegung bleiben. Und wie Croitoru schreibt, ist die Hamas eben mehr als eine militärische „islamische Widerstandsorganisation“. Auch die doppel-moralische Rolle der USA, der Bundesrepublik und der EU wird zum Schluss kurz angemerkt.

DETLEF GRIESCHE



Joseph Croitoru: **Die Hamas. Herrschaft über Gaza. Krieg gegen Israel**
Verlag C.H.Beck, München 2024, Broschur 223 Seiten, € 18,00

BUCH // EINDRÜCKLICHE DARSTELLUNG

■ Die Autorin führte mit Gehard Mazarweh ein „biografisches Gespräch über Israel/ Palästina, Psychoanalyse und Rassismus.“ Der 1941 in Palästina geborene Mazarweh erlebte die Gründung des Staates Israel und die damit verbundenen Konsequenzen für die palästinensische Bevölkerung am eigenen Leib. Die eindrückliche Darstellung seines Werdegangs und der Schikanen, die ihn veranlassten in die Schweiz überzusiedeln, geben einen tiefen exemplarischen Blick in den bis heute andauernden Umgang mit Palästinensern. Sein Werdegang zu einem der ersten muslimischen Psychoanalytiker im deutschsprachigen Raum ist quasi die Beschreibung „einer Reise zu sich selbst“. Heute ist sein Einsatz für Frieden in Palästina/Israel und seine besondere Arbeitsweise eine Inspiration für viele Menschen.

DETLEF GRIESCHE

Sabrina Fuchs-El-Bahnasawy: **„Das Recht auf Freiheit“**
Ein biografisches Gespräch mit Gehard Mazarweh über Israel/ Palästina, Psychoanalyse und Rassismus
Mandelbaum-Verlag, Wien/ Berlin 2023 108 Seiten, 15,00 €



FOLGEN DES KRIEGES IN GAZA BIS 19. MAI 2024

Israelische Bombardierungen aus der Luft, vom Land und vom Meer aus werden weiterhin aus weiten Teilen des Gazastreifens gemeldet. Eingehende Hilfsgütertransporte: (500 pro Tag im Jahr 2023) 10. Mai: 1; 11. Mai: 6; 12. bis 14. Mai: 0; 15. Mai: 27; 17. Mai erste Lieferungen vom Schwimmdock

- Getötete: 35.303, Verletzte: 79.261
- In Gaza getötete israelische Soldaten: 279, verletzte 1.723
- Geiseln in Gaza: ~132
- 262 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen wurden getötet
- 493 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet
- 69 Mitarbeiter des Zivilschutzes wurden getötet
- 147 Journalisten und Medienmitarbeitende wurden getötet
- 15 Krankenhäuser teilweise funktionsfähig, 21 außer Betrieb
- 8 funktionierende Feldkrankenhäuser
- 71 % der Zentren für die medizinische Grundversorgung nicht funktionsfähig
- 155 Gesundheitseinrichtungen beschädigt
- 171 UNRWA-Einrichtungen beschädigt
- 130 Krankenwagen beschädigt
- >760.000 Fälle von Atemwegsinfektionen, 410.000 Fälle von Wasserdiarrhöe
- Zunehmender Mangel an lebenswichtigen medizinischen Gütern, Treibstoffrationierung erforderlich,
- ~31% der Kinder unter 2 in Nord-Gaza: akute Unterernährung
- ~10% der Kinder unter 2 in Rafah: akute Unterernährung
- ~>50.000 Kinder akut unterernährt
- 5 Bäckereien in Betrieb, 11 stillgelegt
- ~73 % der Schulgebäude direkt getroffen oder beschädigt
- 1,1 Millionen Menschen von katastrophaler Ernährungsunsicherheit betroffen
- 3 Wasserpipelines aus Israel teilweise in Betrieb
- 83 % der Grundwasserbrunnen nicht in Betrieb

DIE WICHTIGSTEN MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN, DENEN DIE PALÄSTINENSER*INNEN DURCH DIE ISRAELISCHE BESATZUNG AUSGESETZT SIND

- Bau- und Ausbau von völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen
- Vertreibungen und Häuserzerstörungen
- Zwangsumsiedlung
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Kollektivstrafe
- Enteignung von Rohstoffen
- Einschränkungen der Rechte auf ein Familienleben und eine Existenzgrundlage
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungshaft und unfaire Gerichtsverfahren
- Folter und andere Misshandlung
- Ungesetzliche Tötungen
- Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE

WICHTIGE LINKS

- Vereinte Nationen in Palästina
www.ochaopt.org
- Renommierte palästinensische Menschenrechtsorganisation
www.alhaq.org
- Renommierte israelische Menschenrechtsorganisation
www.btselem.org
- Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden (KoPI)
www.kopi-online.de/wordpress
- Palästinensische Mission, die diplomatische Vertretung Palästinas in Deutschland
www.palaestina.org



BUCH // EMPFEHLUNG

Muriel Asseburg: Palästina und die Palästinenser.

Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart

Verlag: C.H.Beck, München
5. Auflage, 2023
365 S., mit 21 Abbildungen und 10 Karten

DIE FORTSCHRITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



Wenn ich sterben muss

VON REFAAT ALAREER

Wenn ich sterben muss
musst du leben
um meine Geschichte zu erzählen
um mein Hab und Gut zu verkaufen
um ein Stück Stoff zu besorgen
und ein paar Schnüre
(lass es weiß sein und mit einem langen Schweif)
so dass ein Kind, irgendwo in Gaza
während es dem Paradies ins Auge sieht
wartend auf seinen Vater, der wie ein Blitz verschwand –
und von niemandem Abschied genommen hat
nicht einmal von seinem Leib
nicht einmal von sich selbst –
den Drachen sieht, meinen Drachen,
den du gemacht hast, wie er oben fliegt,
und für einen Augenblick denkt,
dass ein Engel da ist, der die Liebe zurückbringt.
Wenn ich sterben muss,
lass es Hoffnung bringen,
lass es eine Legende sein.

Alareer lehrte englische Literatur an der Islamischen Universität in Gaza. Er gründete u.a. das Projekt „We are not numbers“, das Autoren aus Gaza mit Mentoren im Ausland zusammenbrachte. Der 44-Jährige wurde am 6. Dezember 2023 durch einen mutmaßlich gezielten israelischen Luftangriff zusammen mit seinem Bruder und dessen Sohn sowie seiner Schwester und ihren drei Kindern in Schujaija, im Osten von Gaza-Stadt, ermordet. Wie die Menschenrechtsorganisation »Euro-Mediterranean Human Rights Monitor« am 8. Dezember berichtete, wurde die Wohnung, in der Alareer und seine Familie untergebracht waren, nach bestätigten Augenzeugen- und Familienberichten aus dem Gebäude, in dem sie sich befand, »chirurgisch herausgebombt«.





ELTIQA, DINA MATAR, **SOMMER VON GAZA** // 2017, Acryl auf Leinwand 130 x 200 cm / 51.2 x 78.7 in Unique

Das Eltiqa Künstlerkollektiv aus Gaza, zu dem Dina Matar gehört, hatte auf Einladung von „Question of Funding“ aus Ramallah an der Documenta 15 in Kassel im Jahr 2022 teilgenommen. Am 4. Dezember 2023 hat Eltiqa seine Galerie in Gaza durch einen israelischen Bombenangriff verloren wie „ArtAsiaPacific“ berichtete.